

23 | April 1976

Offensiv links

FÖJ Bewegung für Sozialismus

- 4 Erneuerung der Agrarpolitik?
- 9 Diktatur des Proletariat - Diktatur für's Proletariat?
- 11 Interview mit einem Vertreter des African National Congress (ANC)
- 12 DDR: Fluchthelfer verurteilt
- 14 Spanien: Vom Franco- zum Monarcho-Faschismus
- 18 Assistenten sterben einsam

„Alles ist gut, nur die Zukunft ist schlecht.“

SP-Parteitag und der subjektive Faktor Kreisky

Der Parteitag von 11., 12. und 13. März 1976 stand unter dem Motto "Mitbestimmen in der SPÖ", was durch eine Demokratisierung der innerparteilichen Strukturen auf der einen und durch die Öffnung der Partei nach außen auf der anderen Seite unterstrichen werden sollte. Bei-

des sollte in aller Form abgesichert werden: alle haben das Recht, auch von der Mehrheit abweichende Meinungen zu äußern und zu vertreten; innerhalb einer festgelegten Frist soll sogar der Parteivorstand verpflichtet sein, auf Anfrage jeder Art schriftlich zu antworten. SPÖ-Abgeordneten

sollen sich auch Wählergremien stellen, die mit der Partei nichts zu tun haben wollen, und deren kritische Fragen sich anhören. Denn der SPÖ geht es um "Mehr Demokratie in Österreich, Demokratie in allen Bereichen." (Arbeiter-Zeitung)

Erstens glauben wir, daß Fragen der Demokratie nur in ihren Äußerungen formal zu bestimmen sind; in erster Linie aber sind sie Angelegenheiten der Praxis, der lebendigen Sich-Durchsetzung aller politischen Regungen von unten (der Basis) alles das betreffend, was einen selbst unmittelbar betrifft: alle Sphären der Produktion, der Erzeugung gesellschaftlicher Werte und der Reproduktion, der Wiederherstellung des Produzenten und Ergänzung der Produkte, also der Arbeit, Ausbildung, Erholung, Wohnung mit allem Drum und Dran. In einer politischen Organisation, und je demokratischer sie ist, umso mehr, zeigt sich das in der weitestgehenden Entfaltung der Interessen, Bedürfnisse und politischen Initiativen, Vorschläge der Betroffenen, indem sie die Politik selbst bestimmen, weil formulieren und praktizieren in einem.

Preisgestaltung in Österreich (Seite 6)

Nudelkrise...
Zuckerkrise...



und jetzt
Erdäpfelkrise...



Mahlzeit!
I bin nur
heugierig, wann's



den ersten Engpaß bei
Schuhen gibt



Man muß den wirklichen Druck noch drückender machen, indem man ihm das Bewußtsein des Drucks hinzufügt, ... man muß diese versteinerten Verhältnisse dadurch zum Tanzen bringen, daß man ihnen ihre eigene Melodie vorsingt!

Karl Marx ★

offensiv links

offensiv, weil Verhältnisse, die drücken, sich nicht von selbst ändern.

links, weil wir Widersprüche aufdecken, Erfahrungen ins Bewußtsein rufen, Probleme verallgemeinern, die die Überlebtheit, ja Lebensgefährlichkeit des Kapitalismus offenlegen – bei uns in Österreich und in der Welt. Links, weil wir die Sackgassen in der Entwicklung der sogenannten sozialistischen Länder auch als solche kennzeichnen.

offensiv links – solidarisch mit allen Kämpfen gegen Ausbeutung und Unterdrückung, solidarisch mit allen Bewegungen für den Sozialismus.

ERSCHEINUNGSORT: WIEN
VERLAGSPOSTAMT / 1040 WIEN

Eigentümer, Herausgeber, Verleger und Vervielfältiger: FÖJ – Bewegung für Sozialismus, für den Inhalt verantwortlich: Alfred Prandl, alle 1040 Wien, Belvederegasse 10.
Redaktion: 1090 Wien, Porzellan-gasse 33a, Telefon: 34 67 145.
Vertrieb: 1040 Wien, Belvederegasse 10, Telefon: 65 19 52.

Namentlich gezeichnete Artikel geben die Meinung des Autors wieder. Mit Initialen gezeichnete Artikel geben die Meinung der Redaktion wieder. Ungezeichnete Artikel sind Organisationsmeinung.

Einzelpreis: S 5,-
Abonnement: S 50,- (jährlich).

Kontonummer:
223-102-976, Länderbank Wien.

Fortsetzung von Seite 1

SP-Parteitag

Wo gibt's das, bitte, in der SPÖ?
Wer bestimmt da die große Politik?
Wer ist da der große subjektive Faktor, wie es der "herzerfrischende" Rupert Gmoser (AZ) so verräterisch formulierte, indem er vom "subjektiven Faktor Kreisky für den Erfolg der SPÖ" sprach?

Wie (wenn auch unerlässlich wichtige) formal-demokratische Bräuche sich subtil steuern lassen und damit im Endeffekt bei weitem wirksamer, weil nach außen unverfänglicher das gewünschte Resultat bewirken, zeigt das demokratische Herausstreichen des "Parteilinken" Albrecht Konecny aus den Vorstandslisten. Er erfuhr nach seinen eigenen Angaben gegenüber der AZ erst auf dem Parteitag selbst davon, daß er überhaupt auf die Liste gesetzt wurde. Seine Wahl in den Vorstand stand nach den Parteistatuten ohnehin von vornherein fest, da der jeweilige Obmann der Jungen Generation automatisch in den Parteivorstand kooptiert wird. Da seine Wiederwahl als JG-Obmann sich trotz verstärkter demokratischer Bemühungen von allen Seiten nicht verhindern ließ und er praktisch bereits im Parteivorstand saß (wozu, das muß er sich spätestens jetzt selber fragen), machte man ihm den demokratischen Gefallen, ohne seine Mitbestimmung ihn einer ideologisch und personell vorprogrammierten Parteitagsmehrheit zum demokratischen Fraß vorzuwerfen. (Die derzeitige Führung der Sozialistischen Jugend, die wohl verspießerteste aller Zeiten, gab

sich dazu als Stimmungs- und Schrittmacher freiwillig her. Was für ein würdiger Nachwuchs, das!)

Und was die Öffnung nach außen betrifft, genügt die Frage: wohin, in welche Richtung nach außen? Nach links wohl, wie aus den Reden der obersten Mitbestimmer hervorgeht, sicher nicht. (Die Klage gegen die FÖJ-BEWEGUNG FÜR SOZIALISMUS seitens der Jungen Generation wegen einer gemeinsamen Angola-Initiative liefert den praktischen Anschauungsunterricht dazu. Da sind einige gar nicht unmaßgebliche Leute in der SPÖ wegen dieses winzigen Spalts nach links in der Partei Amok gelaufen.) In Wahrheit geht es auch einzig und allein um die offene, offiziöse Öffnung nach rechts.

Die über die SPÖ-Regierungserklärungen bis zur Unkenntlichkeit verwaschenen Parteiprogramme genügen nicht mehr als Garantie für eine schwedische Ära sozialdemokratischer Alleinherrschaft im österreichischen Parlament. Der Preis, der ja längst nicht mehr so hoch veranschlagt wird seit den wiederholten Abwertungen aller Parteiprogrammatik, lautet: die SPÖ wird ihrem inneren Aufbau und äußerem Auftreten nach zu einer reformistisch-liberalen Volkspartei umgewandelt. Die SP-Führung als beste Bourgeoisie, die Österreich je gehabt hat...

Ein Beispiel auch für die Demokratisierung aller Bereiche á la SPÖ: gegen die Minderheitenfeststellung konnte da und dort gesprochen werden, die Volksbefragung besonderer Art bleibt. Bitte schön, wir garantieren Meinungsvielfalt, es wird jeder gehört, auch die Schreie der sloweni-



schen Minderheit, wenn sie zertreten wird. Abschließend gibt Blecha "seiner Genugtuung Ausdruck, daß die Diskussion zur Frage der Parteireform sehr würdig geführt wurde, ähnlich der Diskussion zur Parteireform im Jahre 1968." 1968 wurden die Weichen für eine Politik der SPÖ gestellt, die die SPÖ für die Alleinregierung würdig machen sollten. Sie wissen schon, was sie sagen, die Androsch, Marsch, Gratz, Blecha, Fischer. Ob sie auch genau wissen, was sie tun?

Bleibt neben einer Unzahl kleiner Episoden und bezeichnender Stellungnahmen in der Diskussion auf dem Parteitag, die wir hier weder alle erwähnen können noch wollen, die Rede des großen "subjektiven Faktors" Kreisky. Er erklärte seinen braven Zuhörern das Einmaleins der großen Weltpolitik und ihrer gegenwärtigen Probleme. Er zitierte die Bibel, Goethe, Golo Mann, Marx, Roosevelt, Churchill und Oppenheimer. Er sprach etliche Wahrheiten aus, darunter so banale wie: "Wenn es zu einer gewissen Quantität an Reformen kommt, stellte Kreisky abschließend fest, 'dann verändert sich damit auch die Qualität der gesellschaftlichen Verhältnisse.'" (AZ)

Seine Rede bestand aus einem nationalen und internationalen Teil. Der nationale Klang wahrhaftig wie der salbungsvolle Rechenschaftsbericht über die Errungenschaften eines "sozialistischen" Staates unter der Führung einer staatsbeherrschenden KP. Es wurde die veränderte Zusammensetzung der Arbeiterschaft referiert, die Bündnispolitik der SPÖ neu umrissen, die drei Epochen der Geschichte der sozialdemokratischen Bewegung aufgezeigt, deren dritte gegenwärtige der Vollendung des Wohlfahrtsstaates diene, was weitgehend, aber doch noch nicht ganz unter Kreisky vollzogen sei (den Nachkommen bleibt auch noch ein bißchen was zu tun). Der wirtschaftliche Aufstieg Österreichs als stolzer Rückblick auf das gemeinsam Geleistete (und auch gemeinsam Genossene?) des ganzen Volkes, völlig ohne Differenzierung, wer was für Opfer dafür gebracht hat; der taktisch kluge Realismus, der den Glauben an die Krisenfestigkeit als Illusion entlarvt, den Schwierigkeiten offen ins Auge

blickt, um desto effektvoller die spezifische austrosozialdemokratische Krisenlösung zu präsentieren, besticht: relativ niedrige Arbeitslosenrate, soziale Gerechtigkeit, im Mittelpunkt steht der Mensch. Dafür sorgen die Milliarden spritzen des Staates für die "Wirtschaft" und die steigende Erhöhung der indirekten Steuern, denn woher nehmen, wenn nicht stehlen. Daran wurde auch in der vom Parteitag angenommenen Resolution zur Innenpolitik für die Zukunft ausdrücklich festgehalten. Kein Wort zur innenpolitischen Szenerie, zu Interessengruppen, Parteien oder Klassen. Darauf angesprochen, erwiderte der Erhabene, die Kritik an der ÖVP sei von anderen doch bereits besser besorgt worden als er es hätte tun können. Das sei innerparteiliche Arbeitsteilung. Kreisky fällt dabei die Rolle



eines über den Wolken von Parteihaard und Volksgezänk schwebenden Souveräns zu. Das zeigt sich noch deutlicher im außenpolitischen Teil des Kreisky-Referats. Wer sein eigenes Haus gut bestellt hat, darf vor fremden Türen kehren. Ein beachtliches Aufgebot ausländischer Delegierter gab den dekorativen Hintergrund für den stolzen Anspruch ab, auch der erste Mann eines kleinen Volkes habe in der Weltarena einiges mitzureden. Vor allem zu schlichten, abzuwiegeln, zu besänftigen. Ein weltweit anwendbares Rezept made in Austria. In Spanien ist es die Ultrarechte und Ultralinke, die die gute Aussicht auf eine demokratische Entwicklung verstellen. In der Parteitagsresolution zur Außenpolitik heißt das so: "In Spanien sterben Arbeiter im Kampf für demokratische Rechte.

Sie sterben als Zeugen einer aufsteigenden Demokratie." Ein klein wenig widersprüchlich formuliert ist das. Tote Arbeiter zeugen für die Demokratie, die im Aufstieg begriffen ist? "Was dort geschieht, ist eine ernste Mahnung für uns alle, die wir uns im Besitz der Freiheit und Demokratie wähen, unablässig wachsam zu sein." Wachsam wem gegenüber? Wer wähnt, etwas zu sein oder zu haben, der bildet sich das bloß ein. Wortklauberei? Sowa kommt eben beim Bestreben heraus, möglichst nix zu allem zu sagen.

Kreisky zitierte am Ende seines Referats aus dem Gedicht eines jungen Schweden: "Alles ist gut. Was kann uns die Zukunft bringen? Das einzige, was wir nicht als gut empfinden, ist die Zukunft." Wenn diese nicht gar so ungut wird, was wir hoffen und wofür wir auch gegen die sozialdemokratische Windmühlen-Fechterei kämpfen, scheint uns eines ziemlich sicher: die Zukunft wird die ganze Kreiskyade wie sie gelebt und geleibt hat als etwas maßlos Komisches finden. Sie wird aber auch das eine oder andere anerkennen müssen: z. B., daß die konservativ-reaktionäre Demagogie der ÖVP durch eine klügere reformistisch-liberale der SPÖ gebrochen werden konnte; daß anstelle des Dummdreist-Aggressiven gegen den sozial Schwächeren in der Sozialpolitik das vorsichtig-verbessernde Moment getreten ist; und schließlich, daß der Angriff auf die Arbeiterinteressen wegen der relativen Stärke der österreichischen Arbeiterbewegung trotz aller gemeinsamen Bemühungen der Leistungs- und Rationalisierungsanbieter in allen bürgerlichen Parteien (auch in der SPÖ) im Dienste der wirksameren Auspressung des Mehrwerts vor der letzten Schwelle der Selbstwehr der Lohnabhängigen halten mußte: das was Kreisky als eigentliches Verdienst seiner Partei anpreist, die Sicherung der Arbeitsplätze und des Wohlfahrtsstaates wäre bei ihrer ernsthaften Verletzung auch der Dammbruch gegen die von der SPÖ mitverteidigte kapitalistische Ausbeutungsgesellschaft. Und da ist die Sozialdemokratie tatsächlich der "bessere" Garant des Kapitalismus. Wenn auch gegen dessen Strampeln und Geifern. Was für eine Dialektik!

Marktordnung:

Erneuerung der Agrarpolitik?

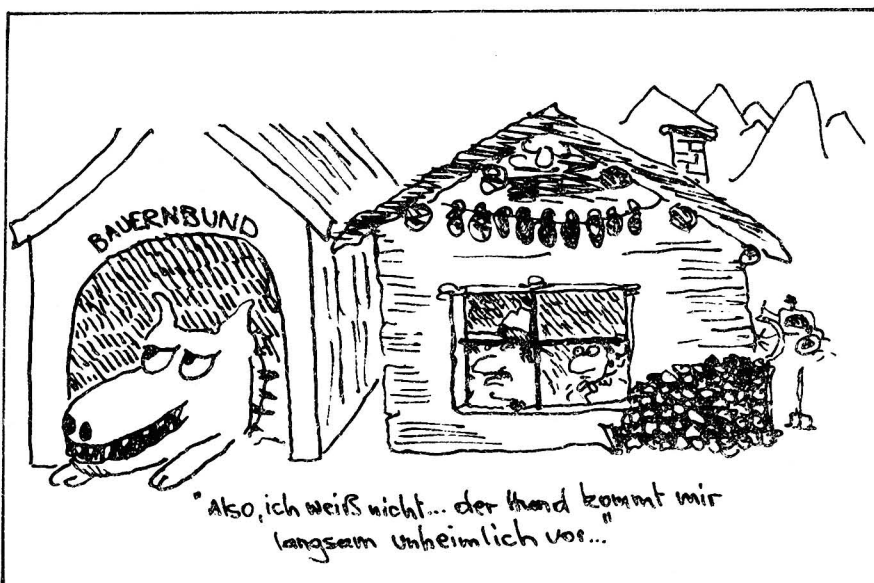
Der Streit um die agrarische Marktordnung steht wieder auf der Tagesordnung. Diesmal aber scheint die SP entschlossen zu sein, ihre Vorstellungen durchzusetzen: Würden die bisherigen Marktordnungsgesetze immer im Verfassungsrang mit Zweidrittel-Mehrheit, also mit Zustimmung beider Großparteien beschlossen, so soll nunmehr eine einfachgesetzliche Regelung getroffen werden. Die Handhabe dafür bietet ein Verfassungsgutachten aus dem Bundeskanzleramt: Die Regelung soll auf Grund der Bundeskompetenz für Ernährungsfragen getroffen werden.

Was soll sich nun ändern? Das Grundkonstrukt der bisherigen Marktordnung sind drei Fonds für die wichtigsten agrarischen Produkte. Es sind dies der Getreidewirtschafts-, der Milch- und der Viehverkehrsfond. Aufgabe dieser Fonds ist, die Versorgung mit den landwirtschaftlichen Produkten sicherzustellen, einheitliche Preise für das gesamte Bundesgebiet zu garantieren und generell die inländische Landwirtschaft vor der Konkurrenz auf dem Weltmarkt zu schützen. Beschickt werden diese Fonds zu je einem Drittel von der Landwirtschafts-, der Arbeiter- und der Wirtschaftskammer. Beschlüsse können nur mit Vier-Fünftel-Mehrheit gefaßt werden. Das bedeutet, daß alle drei "Sozialpartner" ein Vetorecht gegen alle Beschlüsse haben. Daran knüpft jedoch einer der Einwände der

Arbeiterkammer an: Während es die Bauernvertreter in der Hand haben, durch Verhinderung von Importen die Preise hochzuhalten, haben die Konsumentenvertreter keine Möglichkeit, etwa übermäßige Exporte zu verhindern, da dies gar nicht in die Kompetenz der Fonds fällt. Deshalb wollte die Regierung schon bei der letzten Verlängerung vor eineinhalb Jahren auch die Gewerkschaften in den Fonds haben und bei den Abstimmungen schon die einfache Mehrheit gelten lassen. Damals hat sie diese Vorschläge schließlich fallen gelassen und die Gesetze praktisch unverändert verlängert. Nun sollen diese Fonds überhaupt fallen. An ihre Stelle soll ein Beirat mit lediglich beratender Funktion treten. Die Präsidentenkonferenz, der Arbeiterkammertag, die Bundeswirtschaftskammer und der ÖGB, sowie das Finanz- und das Handelsministerium sollen je zwei Vertreter in diesen Beirat entsenden. Die wichtigste Änderung besteht jedoch darin, daß der Landwirtschaftsminister die Entscheidungsbefugnis an sich zieht.

Landwirtschaftsminister Weihs motiviert das mit Verwaltungsvereinfachung und Kostenersparnis. Das ist natürlich kein Grund für eine solche massive Umorientierung der bisherigen Politik. Der eigentliche Grund besteht darin, daß die bisherige Organisation des agrarischen Marktes die Realisierung der SP-Vorstellungen für die Agrarpolitik entscheidend be-

hindert. Sofern in der SP überhaupt Konzepte für Agrarpolitik bestehen, so liegen sie in der forcierten Anpassung der Landwirtschaft an die Erfordernisse der österreichischen Wirtschaftsstruktur. Die SPÖ ist angetreten mit dem Anspruch, den Kapitalismus zu modernisieren. Dem entsprechend muß auch der Versuch gesehen werden, eine rationelle Landwirtschaftspolitik zu betreiben. Die Produktion soll endlich stärker an die Erfordernisse des Marktes angepaßt werden, die zurückgebliebene Struktur der österreichischen Landwirtschaft bereinigt und verbessert, die Produktivität erhöht werden; denn noch immer sind viel mehr Arbeitskräfte in der Landwirtschaft beschäftigt, als ihrem Anteil am Gesamtprodukt entspricht. Nun hat aber die Bundesregierung kein geeignetes Instrument zur Verfügung: die Landwirtschaft ist Ländersache, der Bund braucht für jede Maßnahme eine verfassungsgesetzliche Ermächtigung. Aufgrund dieser Lage ist ein direkter Eingriff in die Landwirtschaft nicht möglich. Außerdem würde dies der Sozialdemokratie widersprechen, die sich ja auf systemkonforme Politik, d. h. indirekte Eingriffe über den Markt festgelegt hat. Aber zumindest hier will sie nun mehr Möglichkeiten haben. Die ÖVP hingegen ist nicht bereit, diese Instrumente bereitzustellen. Der Bauernbund vertritt die konservativen Großbauern, die an der bestehenden Struktur festhalten. Gleichzeitig hat er aber auch die in ihrer Existenz bedrohten Kleinbauern hinter sich, die sich an das Bestehende klammern. Für sie hat die SPÖ kein Konzept und keine Alternative. So kann es ihr auch nicht gelingen, in diesen Bereich einzudringen. Die ÖVP möchte jetzt ihr Konzept durchsetzen oder vielmehr erhalten, indem sie ihre Zustimmung zum Energiesicherungsgesetz an die bestehende Marktordnung knüpft. Das hat zwar miteinander nichts zu tun, aber so läuft eben der Handel. Die Handelnden sind also die Parteien. Die Gehandelten aber sind wieder einmal die Bauern und die gesamte Bevölkerung.



Justiz:

Zur Kasse statt in' Häfn

Die Broda'sche Strafrechtsreform sollte eine Humanisierung des Strafrechts mit sich bringen, hieß es. Für einige Delikte wurden die Strafbestimmungen aufgehoben (Homosexualität, Ehestörung) oder erleichtert (Abtreibung); was den Strafvollzug betrifft, so sollte die Gefängnisstrafe in Bagatellfällen abgeschafft und durch Geldstrafen ersetzt werden. Auf ideologisch-moralischer Ebene also ein Nachvollzug von 160 Jahren Kapitalismus (das alte Strafgesetzbuch stammte aus dem Jahre 1811); bei den Strafen ein Abgehen von (kostenintensiven) Gefängnisaufhalten zu (einträglichen) Geldstrafen. Diesen für die Staatskasse so vorteilhaften Nebeneffekt übersah man umso eher, als die Abschaffung der Gefängnisstrafe in Bagatellfällen mit humanistischen Motiven begründet wurde. Und in der Tat ist jeder Tag, der nicht in den Gefängnissen unseres Staates verbracht werden muß, etwas Gutes.

Betrachtet man jetzt, über ein Jahr nach der Reform, ihre Auswirkungen, so muß man an ihren Motiven zweifeln. Am 5. Februar z. B. konnte man in den Tageszeitungen von zwei verschiedenen Prozessen lesen: Im ersten war Monika A., eine Vertragsbedienstete des Handelsgerichts Wien angeklagt. Die Vertragsbediensteten bei Gericht werden nach geleisteten Einheiten bezahlt. Jede Seite, jedes Kuvert, jeder Aktenvermerk wird nach einem bestimmten Schlüssel verrechnet. Da Monika A. die von ihr geforderte Anzahl von Einheiten nicht erbringen konnte, begann sie zu schummeln und verrechnete mehr, wobei sie einen Schaden von 133 Schilling anrichtete. Der Richter meinte, daß solche Mehrverrechnungen das Budgetdefizit erhöhen und verurteilte Monika A. zu 90 Tagsätzen á 100 Schilling, also zu 9.000 Schilling.

Fall 2: In einem Wirtshaus mischte sich Peter C. mit den Worten, 'Des is mei Haberer, den laß in Ruh, weil sunst kum i' in eine Amtshandlung ein. Der Polizist holte Verstärkung, Peter C. flüchtete und wurde nach einem angeblichen Handgemenge

von fünf Polizisten abgeführt. Zu den bereits verhängten sechs Tagen Polizeiarrest bekam er bei der Verhandlung 17.000 Schilling (!) Geldstrafe.

Konnten sich es früher die Reichen mit Geld richten und kamen die

Armen ins Gefängnis, so entsteht hier eine neue Form von Klassenjustiz: indem für Bagatelldelikte Geldstrafen in der Höhe mehrerer Monatsgehälter verhängt werden, werden die Verurteilten an den Rand des finanziellen Ruins getrieben. Von der resozialisierenden Wirkung der Geldstrafe (gegenüber der Gefängnisstrafe) kann da keine Rede mehr sein, von humanistischen Motiven schon gar nicht.

P.L.



Preisgestaltung in Österreich

Immer wieder werden wir Konsumenten darauf hingewiesen, preisbewußt zu kaufen. Damit könne, wird uns gesagt, am besten gegen Preistreiberei vorgegangen werden. Denn wir wären schuld, wenn wir nicht auf die Preise sehen, daß die Verkäufer "Mond"-Preise bei Waren, die wir benötigen, verlangen können. Wenn wir die zu teuren Waren nicht kaufen, die Preise sinken.

Das nächste, was wir vorgehalten bekommen, ist, daß durch unser "Hamstern" von Waren, (die laut Meldungen nicht in genügender Menge angeliefert werden können), die Engpässe entstehen und die Preise in die Höhe getrieben werden.

Nun ist das wirklich so? Wird uns Konsumenten nicht fälschlicherweise Einfluß in die Schuhe geschoben, den wir derzeit leider nicht haben?

Wir haben schon an den Beispielen Zucker und Reis feststellen können, daß der Mechanismus der zu Warenverknappung und Preiserhöhungen speziell bei Lebensmittel führt, kaum vom Verhalten von uns Konsumenten abhängt. Vielmehr wird hier die Macht der Großverteiler, weniger der kleinen Produzenten, ausgenützt, die sich ergibt, daß die Bevölkerung ißt und bei einer Reihe von Lebensmittel kein Ersatz gegeben ist. Somit sind keine besonderen Schranken gegen den Drang der Gewinnmaximierung gesetzt.

Es lebe die "freie" Marktwirtschaft, die angeblich von Angebot und Nach-

frage getragen wird.

Bei den Erdäpfeln konnte man diesen Vorgang wieder besonders gut verfolgen. Der Erdäpfel, reich an Kalorien und bisher billig im Preis, gehört zu den Grundnahrungsmitteln und hat nach der Verteuerung des Reis wieder mehr an Bedeutung gewonnen. Wenn auch im Zeichen des auf 'Schlanke-Linie-Achtens', der Konsum von Erdäpfeln vorerst etwas zurückging. Aufgrund der geringen Preise, die die Bauern für Erdäpfeln erzielten, wurden lieber Zuckerrüben angebaut und die Erdäpfelanbaufläche verkleinert, wobei jedoch angenommen werden kann, daß wegen Verbesserung der Produktionsmethode auf der kleineren Anbaufläche kein wesentlich geringerer Ertrag als vorher erzielt wurde. In Österreich gab es bisher keinen "Erdäpfel-Engpaß". Nun war von "Erdäpfelmißernte" in einigen Erdäpfelanbaugebieten Europas zu hören, sofort gingen bei uns die Verkaufspreise in die Höhe. Dies obwohl die notwendigen Mengen in gleichbleibendem Umfang auf die Märkte geliefert wurden, in Österreich keine Mißernte war, die Preise, die den Produzenten gewährt wurden nicht stiegen und den Konsumenten keine Zeit zum angeblichen "Hamstern" blieb. Aber die Preise der Groß- und Einzelhändler stiegen plötzlich um das drei- bis vierfache und erreichten garantiert "Europa"-Preise, auch bei den Verkäufern, die noch vor der Preiserhöhung der Großhändler Erdäpfel einlagerten. Erdäpfel, die vor kurzem noch



zwischen S 2,- bis S 5,- pro Kilogramm erstanden werden konnten, sind nun zum stolzen Preis von S 9,- bis S 13,- einzukaufen.

Liebe Leute kauft preisbewußt !

Nun gut. Als der Reis teurer wurde, konnte man seine Eßgewohnheiten ändern und mehr Erdäpfel essen, um vielleicht die Reispreise zu senken, wie uns gesagt wurde. Daß dies nicht eingetroffen ist, gehört zum gleichen Mechanismus, der zur Preissteigerung führte. Um den Anschluß an das europäische Preisniveau nicht zu verlieren, wie dies auch beim Zucker vorlag, sind die Erdäpfelpreise gestiegen. Was bleibt uns übrig... Nudel essen! Werden die dann auch teurer, Brot essen. Doch dies wird auch immer teurer, also keine Beilagen und kein Brot essen. Doch auch Fleisch und Gemüse steigen pausenlos im Preis.

Könnte doch auch beim Fleisch gesehen werden, welche Möglichkeiten wir Konsumenten haben. Wird das Schweinefleisch teurer, essen wir mehr Rindfleisch. Daraufhin wird dieses auch teurer. Nun werden mehr Hendl und mehr Fische gegessen, die steigen dann auch im Preis. So ist dann das Schweinefleisch relativ billig und so wird von neuem Schweinefleisch gegessen. Und so geht das weiter. Also ist es egal, was man ißt.

Das sind die "Freuden" der kapitali-



stischen Marktwirtschaft. Gegen die kann in einem individuellen Einzelkrieg nicht angekämpft werden. Hierfür braucht man eine organisierte Gemeinschaft, die auch mit den inländischen, kleinen Produzenten Abmachungen trifft und die in Gegenaktionen mit eingeschlossen werden müßten.

Ideen brauchen wir, damit die Notwendigkeit des Essens nicht gegen uns verwendet werden kann.

O.M. ★

In eigener Sache

In der 'offensiv links' Nr. 22 wurde eine Dokumentation über die Klage der SJ (Sozialistische Jugend) und JG (Junge Generation) gegen ein Mitglied der fōj-BEWEGUNG FÜR SOZIALISMUS veröffentlicht. Hier soll nicht noch einmal der Fall aufgewärmt werden, sondern über das Echo bei verschiedenen linken Strömungen gesprochen werden. Wir wollten das opportunistische Verhalten einiger SJ- und JG-Funktionäre mit einer grundsätzlichen Auseinandersetzung über Grenzen von linker Politik in der SPÖ verbinden und diese Diskussion in einer größeren linken Öffentlichkeit führen. Wir scheiterten teilweise bei diesem Vor-

haben. Das 'WIENER TAGEBUCH' war nicht einmal bereit, einen Leserbrief über diesen Vorfall zu bringen. Sie meinten, daß die Klage zwar bedauerlich wäre, die linken Sozialdemokraten aber dennoch ihre wichtigsten Bündnispartner wären. Verschiedene sozialistische Publikationen lehnten es ab, darüber selbständig oder in Form einer Diskussion zu berichten.

Außerhalb der fōj-BEWEGUNG FÜR SOZIALISMUS wird wahrscheinlich nur vom 'NEUEN FORUM', von der 'ALTERNATIVE' der GE (Gewerkschaftliche Einheit), von der ISP (Initiative für Sozialistische Politik)

und von 'ROTFRONT' eine Auseinandersetzung mit der Klage geführt werden.

Natürlich lehnten wir es von vornherein ab, uns an die bürgerliche Öffentlichkeit zu wenden; auch eine Stellungnahme der "VOLKSSTIMME" hätte bloß Schadenfreude zum Ausdruck gebracht.

Vielleicht machten wir Fehler und haben es so dem "WIENER TAGEBUCH" und anderen Linken erleichtert, sich vor einer öffentlichen Stellungnahme zu drücken. Obwohl die Klage und dessen Begleitumstände ein Skandal sind, hätten wir uns damit in einem weniger ultimativen und polemischen Stil auseinanderzusetzen sollen. Das kann aber das "WIENER TAGEBUCH" von seiner Verantwortung nicht lösen. Wir haben mit dem Kreis um das "WIENER TAGEBUCH" einige Differenzen.

Wir meinen, daß sie sich den ohnehin spärlichen Möglichkeiten nicht vollkommen verschließen sollten, auch außerhalb der Spalten ihrer Zeitschrift und ihres Freundeskreises politisch in Erscheinung zu treten. Ihre scheinbare Entrücktheit gegenüber dem linken Alltag in Österreich – als würden sie über dem linken Parteien- und Gruppenhader stehen, dazu berufen, nach allen Seiten hin weise Ratschläge und Zensuren zu erteilen – das alles kann nicht därt-

ber hinwegtäuschen, daß sie nun einmal im In- und Ausland einem bestimmten Spektrum der Linken in Österreich zugeordnet werden und schon daher keine linksneutralistische Instanz darstellen können. Wir halten ihre Hoffnungen in die linken Sozialisten für überhöht. Was uns aber bedenklich scheint, ist die administrative Art, in der sie politisch nicht genehme Sachen vom Redaktionstisch wischen, ist doch genau dies ein Teil ihrer ständigen und berechtigten Kritik an allen stalinistischen und bürokratischen Parteien und Gruppierungen der Linken. Indem wir den Prozeß in eine Öffentlichkeit bringen, wollen wir keine Brücken zerstören. Wir glauben vielmehr, daß ein solcher gerichtlicher Prozeß lin-

ke Aktionseinheiten gefährdet, daß das Nachgeben der SJ und JG-Führung vor der SPÖ-Spitze längerfristig eine Stärkung der "Eisenstädter Erklärung" darstellt.

Wie der letzte JG-Kongreß zeigt, befinden sich die Linken in der Defensive. Konecny wurde nicht wegen seines Opportunismus angegriffen, sondern weil er für viele zu links steht. Auf dem SPÖ-Parteitag war er der linke Buhmann. Diese Fakten bestätigen anscheinend die Auffassung vom "WIENER TAGEBUCH", daß wir mit einem Angriff auf den JG-Vorsitzenden nur das Spiel der SPÖ-Rechten unterstützen. Eine solche Analyse ist fehlerhaft. Der Aufbau einer fortschrittlichen Bewegung ist nur durch basisorientierte Arbeit möglich und

oft wird sie sich unter anderem auch gegen die SPÖ-Führung richten müssen. Ein Linker als JG-Vorsitzender ein Linker im Parteivorstand oder ein linker Nationalrat ist solange kein Zeichen für eine allgemeine Stärkung der Linken, solange es dazu keine linke Absicherung an der Basis gibt. Im Gegenteil: Die Linke, die in diese exponierten Positionen gelangen, sind noch stärker zu Kompromissen und zu Institutionalisierungen gezwungen. In diesem Zusammenhang sind auch die verschiedensten Rückzieher Konecny's in letzter Zeit zu sehen.

Diese Fragen sind nicht neu, trotzdem müssen sie immer von neuem aufgeworfen werden.



Interview mit Peter Turrini:

„Ich will einen anderen Heimatfilm!“

OL.: Man hat in letzter Zeit viel über dein letztes Stück gehört. Was ist die "Alpensaga"?

P. T.: Die "Alpensaga" ist eine sechsteilige Fernsehserie, jede Folge dauert eineinhalb Stunden. Sie ist der größte Fernsehauftrag des ORF seit seinem Bestehen. Die erste Folge kostet 5,8 Millionen Schilling, wovon 4 Millionen das ZDF zahlt, weil Österreich sich so etwas gar nicht leisten kann.

OL.: Es stimmt also gar nicht, daß "österreichische Steuermillionen" verpulvert werden?

PT.: Umgekehrt, die österreichische Filmproduktion lebt auf.

Allerdings sind nur die ersten zwei Sendungen vom ZDF mitfinanziert. Die weitere Finanzierung behält es sich vor, bis es die ersten beiden Folgen gesehen hat und damit einverstanden ist.

OL.: Ist die "Alpensaga" wirklich so tendenziös?

PT.: Die Serie wurde noch unter Bacher akzeptiert, außerdem erfolgt eine historische Kontrolle vom Institut für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte unter Dr. Bruckmüller, der übrigens

beim CV ist.

OL.: Was ist der Inhalt des Stückes?

PT.: Es ist die Geschichte einer Bauernfamilie in drei Generationen von 1900 bis 1975. Österreichische Geschichte erlebt. Die erste Folge steht im Zusammenhang mit dem Aufkommen des Genossenschaftsgedankens. Sie erzählt die Geschichte von dem Konflikt zwischen einem Großbauern, der versucht, die Kleinbauern in ökonomische Abhängigkeit zu bringen, die ihrerseits eine Genossenschaft gründen wollen.

Es ist ein Versuch, den alten Widerspruch zwischen Information und Unterhaltung aufzuheben.

OL.: Was beabsichtigst du mit einem Stück gerade über die Bauern?

PT.: Die bäuerliche Bevölkerung erhält durch die alleinige Darstellung durch Löwinger-Bühne ein verzeichnetes und verlogenes Selbstbild.

Das realistische Selbstbild eines Bevölkerungsteiles entsteht, wenn das Medium das für die Bevölkerung ist, ihr gehört. Arbeiter und Bauern haben ge-

lernt sich unwichtig zu nehmen, ihr kulturelles Selbstbewußtsein soll aufgebaut werden.

OL.: In welchen gesellschaftlichem Zusammenhang ist dein Stück zu sehen?

PT.: Die Tendenz ist, daß im Kapitalismus individuelle Produktionsweisen keine Chancen gegenüber der Kapitalkonzentration haben. In Österreich sind in den letzten zehn Jahren über 30.000 Klein- und Mittelbetriebe zugrundegegangen. Ich will aber darüber keine gesellschaftspolitische Dokumentation bringen, sondern primär eine Unterhaltungsserie, einen anderen Heimatfilm.

OL.: Wie erklärst du dir die Hetze des Bauernbundes gegen dein Stück?

PT.: Bei den Funktionären die dagegen sind, sind es politische Motivationen, sie wollen keine Aufklärung der Bauern. Sie fordern, daß rechte Autoren dasselbe machen, indem sie den Mythos vom freien Bauern aufrechterhalten.

OL.: Verstehst du dich als Künstler oder als linker Agitator?



PT.: Mein politisches Bewußtsein ist nicht zu trennen vom künstlerischen. Um das zu erklären: Es gibt heute eine Elitekultur und eine Breitenkultur (die sich etwa darstellt in der Trivalliteratur). Wenn man Sozialist ist, muß man Kultur für die Massen wollen, d.h. am kulturellen Stand der Massen anknüpfen – beim Massenmedium (Zeitungen, Fernsehen). Das Fernsehen ist das einzige Medium, das wirklich Massen erreicht.

OL.: Früher hast du Theaterstücke geschrieben...

PT.: Ja, aber ich habe das hauptsächlich gemacht, um Geld zu verdienen, denn ich halte das Theater beim gegenwärtigen Stand der gesellschaftlichen Auseinandersetzungen für anachronistisch, obwohl ich selber sehr auf Theater stehe'.

OL.: Welche künstlerischen Mittel verwendest du?

PT.: Zuerst muß man sich fragen, mit wem rede ich und danach feststellen, wie ich rede. Das Mittel ist daher die realistische Sprache. Meine Stücke sind das Produkt gegenseitiger Beziehungen. In Lesungen erfahre ich die Meinung der Bevölkerung zu dem, was ich schreibe.

Für die "Alpensaga" sind der Pevny und ich stundenlang in Bauernwirthshäusern gesessen und haben Protokolle aufgenommen über das, was die Leute so reden.

OL.: Wenn die am kulturellen Stand der Massen anknüpfen willst, siehst du da kein Problem im unterschiedlichen Bewußtsein?

PT.: Es ist ein großer Irrtum, wenn man meint, daß zwischen Künstler und Bevölkerung ein Niveauunterschied besteht. Wenn man sich an die Bevölkerung wendet, so geschieht das nicht von oben herab, sondern aus eigenen Bedürfnissen. Sonst würde ich mir ja auch nicht die ganze Arbeit antun, die etwa in der "Alpensaga" die Aufarbeitung der Geschichte bedeutet hat!

Scharang hat einmal gesagt: Die meisten Dichter sagen nicht die Wahrheit, sondern verzerren den Mund so sehr, daß dabei avantgardistische Laute raus kommen.

OL.: Bist du politisch organisiert?

PT.: Politisch stehe ich der KPÖ nahe, bin aber nicht Mitglied, bedaure aber vor allem die grossen Spannungen unter den Linken.

OL.: Was sind deine Erfahrungen über die Künstlerfinanzierung?

PT.: Es gibt keine echte Kunstförderung. 90% des Kulturbudgets gehen an die Bundestheater, diese sind meiner Meinung nach touristische Unternehmen, d.h. das Kulturbudget ist zu 90% Fremdenverkehrsbudget, die restlichen 10% werden nach dem Gießkannenprinzip verteilt. Jeder, der hinkommt, kriegt ein paar hundert Schilling in Form von Preisen oder Subventionen. Inhaltliche Kriterien sind dabei nicht entscheidend.

OL.: Was verdienen Künstler?

PT.: Es gibt ein echtes Künstlerproletariat. Nur 50 von 500 Leuten können von ihren Einkünften als Künstler leben. Es gibt darüber eine Studie: "Zur Situation des österreichischen Schriftstellers" Hans F. Prokop.

OL.: Kannst du dir eine Änderung der derzeitigen Situation vorstellen?

PT.: Sozialdemokratische Kulturpolitik ist kaum daran interessiert, was zu ändern. Nämlich vor allem eine totale Verlagerung des Budgets und weiters eine inhaltliche Änderung (Förderung politisch qualitativer Produkte).

OL.: Was sind hierzu deine Vorstellungen?

PT.: Es gibt verschiedene Möglichkeiten. Erstens die Gründung eines Staatsverlages, der gute Bücher in Millionenaufgabe druckt und für deren Verbreitung sorgt. Das wäre zwar dirigistisch, muß aber Inhalt und Aufgabe der Kulturpolitik sein.

Zweitens hat der ÖGB (Österreichische Gewerkschaftsbund) große kulturelle Möglichkeiten. Hier müßte was geschehen, da er auch über große finanzielle Ressourcen verfügt.

Wie ich schon vorher sagte, variiert man nur innerhalb der verbleibenden 10% des Kulturbudgets, wobei es nur zu Verschiebungen kommt. Ich habe früher versucht, was zu ändern durch Zusammenarbeit mit Sinowatz und durch die Mitarbeit in verschiedenen Komitees. Der Erfolg war aber so gering, daß ich zur Zeit kaum reale Möglichkeiten sehe.

OL.: Ist die Situation in anderen Ländern besser?

PT.: In den kapitalistischen Ländern sind die Schriftsteller immer den Marktgesetzen ausgeliefert. In den sozialistischen Ländern gilt die künstlerische Produktion als normaler Beruf unter vielen anderen Berufen.

OL.: Herzlichen Dank!

Das Interview führte Lilli Hagen. ★

**Deine
Versicherungen
durch**

ERICH MAKOMASKI

Erste Allgemeine
Unfall- und Schadens-Versicherungs-Gesellschaft

Buro: 1040 Wien, Südtirolerplatz 6
Telefon: 65 87 97/98/99

Privatadresse: 1100 Wien, Alaudagasse 7/29/14
Telefon: 62 14 302

Diktatur des Proletariats Diktatur für's Proletariat?

Der nachfolgende Artikel von Roman Hummel ist ein Beitrag zur laufenden Diskussion zum Bundeskongress der BEWEGUNG FÜR SOZIALISMUS (föj), der vom 17. bis 19. Juni 1976 in Wien stattfindet. Wir veröffentlichen ihn in dieser Ausgabe von OFFENSIV LINKS aus zwei Gründen: Erstens behandelt er überaus aktuelle Fragen (Kongress der KPF, Stellungnahme zur "Diktatur des Proletariats"); zweitens erscheint die nächste Nummer der "aspekte", in deren Rahmen die Diskussion zur Strategie und Organisation der föj-BFS abgewickelt wird, später als diese Ausgabe der "OFFENSIV LINKS".

Der XXII. Parteitag der KPF (Kommunistische Partei Frankreich) hat die Diskussion um die "Diktatur des Proletariats" wieder zu einem Zentralthema nicht nur der Linken, sondern sogar der bürgerlichen Öffentlichkeit gemacht – sofern man annehmen konnte, daß diese Problematik, beinahe so alt wie die Arbeiterbewegung selbst, je an Interesse verloren hat. Geht es doch um nicht weniger als um die Erringung, Ausübung und Sicherung der politischen Macht der Arbeiterklasse. Genügt zur Legitimation einfach ein Klassikerzitat: "Der sozialdemokratische Philister ist neuerdings wieder in heilsamen Schrecken geraten bei dem Wort: Diktatur des Proletariats." ? (1) Oder hat der Generalsekretär der KPF, Georges Marchais Recht, daß das Wort Diktatur automatisch an die faschistischen Regimes von Hitler, Mussolini, Franco und Salazar erinnere ?

In diesem Artikel eine abgeschlossene Analyse des Begriffs "Diktatur des Proletariats" oder gar eine komplette strategische Handlungsanleitung zu beanspruchen, hieße Bierisch-Sozialismus (morgen Revolution, anschließend gemütliches Beisammensein) zu propagieren. Vielmehr sollen Schwierigkeiten einer konkreten Theorie des Übergangs an Hand einiger durch den Parteitag der KPF provozierten Fragen dargestellt

werden.

Marchais erklärte, daß eben jene Diktatur des Proletariats nicht mit jener sozialistischen Machtausübung identisch sei, für die die KPF kämpfe. "Diese Macht wird auf der Basis der freien und allgemeinen Wahl gegründet sein und die fortgeschrittenste Demokratie des ganzen ökonomischen, sozialen und politischen Lebens des Landes zur Aufgabe haben." und weiter: "Die Bedingungen (Frankreichs) erlauben und ernötigen, daß man in Frankreich andere Wege zum Sozialismus ins Auge faßt, als sie jene Völker gegangen sind, die in ihrem Land die sozialistische Umwandlung bereits erreicht haben." (2) Was das für die politische Praxis der KPF bedeutet, kann an Hand dieser Zitate nicht klar ermessen werden. Möglich wäre es, wie Rudi Supek in seinem Referat am 6. März 1976 in Wien erklärte, daß es sich hierbei um ein rein taktisches Lösen von einem Wortfetisch handelt. Also etwa wie bei der jüngsten portugiesischen KP, die eindeutige Assoziationen aus der jüngsten Geschichte ihres Landes befürchtet. Dann sind wohl die Konsequenzen nicht sehr tiefgreifend. Nahe liegt allerdings die Vermutung, die französische KP habe sich in ihrer Zielsetzung von der Realität der Machtausübung in der Sowjetunion bzw. den anderen Übergangsgesellschaften distanzieren wollen,

die treffender als Diktatur im Namen des Proletariats zu bezeichnen wäre.

Spätestens hier stellt sich die entscheidende Frage: Worin besteht das Wesen der Diktatur des Proletariats? Stellt sie eine notwendige Etappe in der Geschichte des Sozialismus dar, oder handelt es sich hier gar um eine Entartungserscheinung desselben? Diese Fragen allein mit Hilfe sogenannter Klassikertexte zu beantworten ist fragwürdig, zumal im umfangreichen Werk von Marx dieser Begriff nur äußerst spärlich aufzufinden ist. Von denjenigen, die ihn verwenden, wird er als Übergangsform vom Kapitalismus zum Kommunismus verstanden und erfährt somit zwei Bedeutungen: als Strategie der Machtergreifung und als Prinzip der Machtausübung.

1. STRATEGIE DER MACHTERGREIFUNG

Hier hängt es davon ab: Ist die Machtergreifung des Proletariats, das wir hier im weiteren Sinne, als von der Verfügungsgewalt über Produktionsmittel Ausgeschlossene, begreifen, eine Frage der arithmetischen (Stimmenmehrheit im Parlament) oder der politischen (Schlagkräftigkeit der Arbeiterparteien) Hegemonie?

Wir gehen davon aus, daß eine parlamentarische Mehrheit der Arbeiterpartei(en) dazu benützt wird, die kapitalistische Produktionsweise und damit die bürgerliche Demokratie zugunsten der sozialistischen Demokratie zu zerstören – denn anderenfalls sind wir bei der Sozialdemokratie und können die Frage des Sozialismus fallen lassen. Aber: Kann man – wenn man aus Chile gelernt hat – erwarten, daß die Kapitalistenklasse freiwillig abtritt? Da-

her müßte selbst eine vorübergehende Ausübung der Staatsmacht durch die Vertreter des Proletariats im Rahmen der bürgerlichen Demokratie notwendigerweise eine Art der diktatorischen Herrschaft darstellen. Wobei diese Herrschaftsform wohl eher nur als Gedankenexperiment, bestenfalls aber in einer kurzen Phase der Doppelherrschaft von Bourgeoisie und Proletariat möglich scheint.

Sieht man die politische Hegemonie der Arbeiterklasse als hinreichende Bedingung einer Umwälzung an, stellen die Revolutionäre also nur die bewußte Minderheit der Bevölkerung dar, so scheint eine – wenigstens zeitweise – diktatorische Machtausübung der Minderheit im Namen des Proletariats unumgänglich. Allerdings ist nicht einsichtig, weshalb nur entweder eine arithmetisch-parlamentarische Macht oder eine politische Avantgarde-Macht eine Umwälzung hervorrufen kann. Die Ausklammerung der Diskussion über die Herausbildung einer Gegenmacht in Form von um Arbeiterkontrolle kämpfenden Basisorganen durch die KPF – und nicht nur diese – ist in diesem Zusammenhang anzumerken. Denn von der Stellung einer Arbeiterpartei zur Selbstverwaltungsproblematik hängt es m.E. ab, ob sie bei ökonomischen Forderungen stehenbleibt und im Extremfall in den Reformismus abgeleitet, oder aber den Kampf um reale Selbstbestimmung der Produzenten führt.

Ein weiteres Problem ergibt sich aus der Strategie der Erringung einer (sowohl) numerischen (als auch) politischen Majorität. Kann die Macht durch eine Partei errungen werden, bzw. welche Bündnispartner bieten sich für den Kampf um den Sozialismus? Wengleich die Antwort von der jeweiligen konkreten Situation abhängen muß, werden doch einige Modelle von der Einheitsfront über die Volksfront bis zum Historischen Kompromiß auch prinzipiell diskutiert. Oder wurzelt vielmehr die Auffassung von der Organisierung in einer oder mehreren Parteien im bürgerlichen Parlamentarismus und

wird durch die revolutionäre Bewegung des Proletariats überholt? Aber wenn diese Formel nicht zur bloßen Phrase erstarren soll, so muß diese Bewegung, will sie Erfolg haben, einheitlich und zielgerichtet sein. Was nicht ausschließt, sondern vielmehr bedingt, daß sie einerseits die "bisher gegen sie ausgenutzte Unterdrückungsmaschinerie beseitigen, andererseits aber sich sichern (muß) gegen ihre eigenen Abgeordneten und Beamten, indem sie diese, ohne alle Ausnahme, für jederzeit absetzbar (erklärt)." (3)

2. DIKTATUR DES PROLETARIATS ALS STAATSFORM IM SOZIALISMUS

Diese wird oft mit der Herrschaftsrealität in der Sowjetunion und den anderen Übergangsgesellschaften gleichgesetzt. Aber ist diese Gleichsetzung legitim? Eine antikapitalistische Umwälzung hat sich eben bisher nur in Ländern mit unentwickeltem Kapitalismus und damit unentwickeltem Proletariat durchgesetzt, bzw. wurde von außen aufgepfropft. Eine von anderen Voraussetzungen ausgehende Revolutionierung muß notwendigerweise auch zu anderen Ergebnissen kommen. Aber kann sie deshalb auf diktatorischen Zwang verzichten, da doch die neue Gesellschaft aus der alten hervorgeht, sie mit den ökonomischen und ideologischen "Muttermalen der alten Gesellschaft" (Marx) behaftet ist? Denn diktatorisch kann in diesem Zusammenhang nur die Unterdrückung einer Klasse durch die andere bedeuten – auch der bürgerliche Staat, oder eben die Diktatur der Bourgeoisie, setzt ihr Recht mit Zwang durch. Steht aber die "Abschaffung des Staates" unmittelbar nach einer Umwälzung auf der Tagesordnung? Es scheint vielmehr die Liquidierung der ehemals Herrschenden als Klasse notwendig – was nicht mit stalinistischem Terror verwechselt werden darf. Die Freiheit zur Negation der Freiheit, zur Herstellung der alten Ausbeutungsverhältnisse kann nicht eingeräumt werden.

Aber nicht nur der Entwicklungsgrad des abgeschafften Kapitalismus und die Unterschiede, die sich aus der Gleichzeitigkeit bzw. Ungleichzeitigkeit revolutionärer Bewegungen in verschiedenen Ländern ergeben, sind für den Charakter von Übergangsgesellschaften bedeutsam. Nicht minder einwirkend und in untrennbaren Zusammenhang damit, sind die in Punkt 1 angedeuteten Strategien zur Macht. Von ihnen wird es letztlich abhängen, ob eine Elite im Namen des Proletariats oder letzteres tatsächlich herrscht, allerdings mit jenen Bedingtheiten der Übergangsperiode. Mit den ererbten Gegensätzen von Stadt und Land, von verschiedenen sozialen Schichten etc. Damit in Zusammenhang sind auch die Widersprüche von direkter Produzentendemokratie und zentralistischer Leitung zu erkennen, von politischer Selbstbestimmung und ökonomischer Gesamtplanung.

Wenn wir nun aus dem bisher Gesagten, zugegebenermaßen nur in Umrissen problematisierten, Folgerungen ziehen, so ließe sich feststellen:

Die revolutionäre Klasse kann den bürgerlichen Staat nicht bloß übernehmen und mit anderen Vorzeichen versehen, sie muß eigene Machtstrukturen herausbilden. Sie kann während einer Übergangszeit aber nicht auf Rechtsnormen, die auf Zwang gegründet sind, verzichten. Sie muß zur Koordination von Produktion und Verteilung eine Zentralgewalt schaffen. Diese wiederum aber kann nur, soll sie einerseits bürokratischer Mängel entbehren, andererseits sich fortschreitend selbst überflüssig machen, auf einem mit der Basis, den Produzenten und Konsumenten, rückgekoppelten System beruhen.

Roman Hummel

(1) F. ENGELS: Einleitung zum "Bürgerkrieg in Frankreich"

(2) Le Monde, 5.2.1976

(3) F. ENGELS: Einleitung zum "Bürgerkrieg in Frankreich"

African National Congress:

„Das Regime muß politisch und wirtschaftlich ruiniert werden.“

Anfang März luden eine Reihe von Organisationen auf Initiative des KSA (Komitee Südliches Afrika) einen Vertreter des einheitlichen Widerstandes des afrikanischen Volkes in Südafrika, des African National Congress (ANC) Reg September zu einer Solidaritätsveranstaltung nach Wien. Die föj-BEWEGUNG FÜR SOZIALISMUS entschloß sich aus Achtung vor dem Vertreter des afrikanischen Widerstandes trotz der grundsätzlichen Meinungsunterschiede mit dem KSA insbesondere in der Angola-Frage, an der Veranstaltung teilzunehmen. Diese Meinungsverschiedenheiten teilt übrigens auch der ANC, der sich der MPLA "traditionell verbündet" fühlt.

'offensiv links' nahm die Gelegenheit war, mit Reg September, dem Clubpräsidenten der ANC für Westeuropa, folgendes Gespräch zu führen:

OL.: Gen. September, könntest Du uns die heutige Situation der schwarzen Bevölkerung im allgemeinen und der schwarzen Arbeiterklasse im besonderen beschreiben?

RS.: Das südafrikanische Rassistenregime hat versucht, um seine Macht aufrechterhalten zu können, das längst überholte Stammeswesen in Afrika wieder einzuführen. Es ist die Politik, die unter dem Namen "Homeland-Politik" (Politik der Heimatländer) bekannt geworden ist. Es handelt sich um die Gründung von Stammesregionen, sogenannten "Bantustans", in denen den Stammeshäuptlingen eine Scheinautonomie zugesagt wird. Grundidee dabei ist, das alte Prinzip des "Teil und Herrsche" einzusetzen, also die "Bantustans" untereinander um kleine Gebiete streiten zu lassen. Sie gehen, wie gesagt, zurück in die Geschichte, um das alte Stammeswesen wiederaufleben zu lassen. Sie wollen damit das afrikanische Volk in die Irre führen, sie



Guerilleros in Rhodesien: "Es ist wie mit den Amerikanern in Vietnam"

wollen das Wesen der Apartheid-Politik verschleiern. Die "Homelands" sind ein Betrug, sie haben keine "Unabhängigkeit" und sie können keine Unabhängigkeit vom Zentralregime haben, weil sie direkt vom weißen Regime abhängen. So müssen sie beispielsweise 80 Prozent ihrer Grundnahrungsmittel importieren.

Die schwarze Arbeiterklasse ist sehr rebellisch eingestellt gegen ihre Arbeitsbedingungen und gegen das Regime. Sie sind die ganze Zeit über bemüht, sich zu organisieren, um ihre Bedingungen zu verbessern.

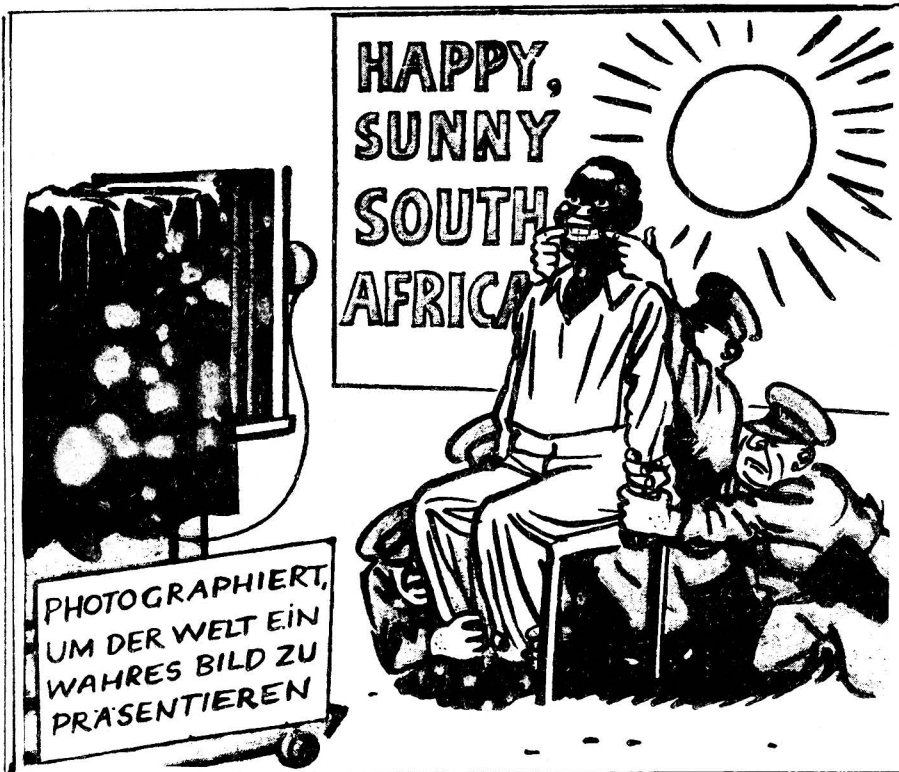
OL.: Die Organisierung der Schwarzen ist aber illegal?

RS.: Schwarze Gewerkschaften sind zwar nicht direkt verboten, aber sie werden nicht anerkannt. Zur anerkannten Gewerkschaft haben sie keinen Zugang. So müssen sie um jede Forderung streiken. Dies ist natürlich für das Regime eine große Herausforderung, weil sie

kein Streikrecht haben. Wenn schwarze Arbeiter streiken, wird dieser Streik mit der gesamten Brutalität des faschistischen Polizeiapparates unterdrückt: Polizisten mit Gewehren und Hunden sind zur Stelle und schießen auf die Streikenden. Es gibt fast bei jedem Streik Tote und Verwundete.

OL.: Welche Vorstellungen hat der ANC für die Zukunft Südafrikas?

RS.: ANC will, wenn ich es so bezeichnen darf, eine demokratische sozialistische Gesellschaft, in der alle Menschen gleiche Rechte haben. Für ANC ist es wichtig, für alle Menschen die gleichen Rechte zu fordern, das ist unser Kampfziel. Es gibt zur Zeit ca. 4,5 Millionen Weiße in Südafrika und wir sind dabei, ihnen beizubringen, daß wir niemanden hinauswerfen wollen. Wir dulden keinen faschistischen Rassismus. Wir wollen einen Sozialismus, in dem gleiches



Recht für alle Rassen herrscht.

OL.: Mit welchen Mitteln will ANC sein Ziel erreichen?

RS.: Den jeweiligen Bedingungen entsprechend: Mit legalen Mitteln, mit halblegalen Mitteln und im Untergrund. Und wir hoffen auch auf internationale Unterstützung, auf die wir schon deshalb ein Anrecht haben, wenn man sich vor Augen führt, wieviel Unterstützung das südafrikanische Regime vom Westen erhält.

Unsere Position ist, daß ANC alle legalen und illegalen Oppositionsbewegungen unterstützt, soweit wir es vermögen. Gemeinsam mit diesen Unterstützungen versuchen wir, unsere Untergrundorganisation zu entwickeln. Die beiden Ebenen des Widerstandes versuchen wir zu koordinieren, die legale wie etwa den Black People Congress (BPC) und die illegalen Bewegungen (Streiks). Vom Untergrund her versuchen wir, diese Ebenen zusammenzubringen. Wir sind aber auch dafür verantwortlich, Leute für die Untergrundarbeit auszubilden oder die für sie nötigen Materialien ins Land zu schmuggeln.

OL.: Hat nicht der Sieg der MPLA in Angola die Ausgangslage des afrikanischen Volkes wesentlich verbessert?

RS.: Ganz sicher, das möchte ich unterstreichen, ganz bestimmt. Unsere Situation hat sich wesentlich verbessert. In Namibia beginnen die Kolonisatoren unsicher zu werden. Sie verkaufen ihre Farmen und ziehen sich nach Südafrika zurück.

Wir haben traditionell gute Beziehungen zur MPLA, und wir haben sie noch immer. Wir sind in Luanda vertreten. Angola unterstützt unseren Kampf und wir bauen zur Zeit in Luanda einen Radiosender auf, der eine wichtige Bedeutung für die afrikanische Bevölkerung hat, die zwar keine Fernsehapparate, wohl aber Transistorradios besitzt.

Ich möchte noch erwähnen, daß während des Bürgerkrieges die

schwarze Bevölkerung die MPLA mit zahlreichen Resolutionen unterstützt hat.

OL.: Auf welche Weise könne wir hier in Österreich die Befreiungsbewegung unterstützen?

RS.: Vor allem auf drei Ebenen:

1. Die österreichische Bevölkerung über die Vorgänge in Südafrika zu informieren. Ich hatte hier nicht die Gelegenheit, mit Vertretern der Kirche, der Gewerkschaften und den großen Parteien zu sprechen, aber man soll nichts überstürzen.

2. Der ANC braucht materielle Unterstützung für seinen Kampf. Wir bauen zur Zeit einen Sender in Luanda, der für unseren Kampf sehr bedeutend wird. Wir müssen diesen Sender mit Journalisten besetzen und das kostet alles Geld. Wir brauchen auch Material. Um Dir ein Beispiel zu geben: In einem unserer Ausbildungslager wurde einer unserer Genossen verletzt. Obwohl die Verletzung nicht so schwer war, wäre er fast gestorben, weil er in ein Spital mußte und wir über kein Geländefahrzeug verfügten. Es ist klar, daß unsere Ausbildungslager nicht in der Nähe einer Stadt oder einer Hauptstraße liegen können.

3. Und vielleicht der wichtigste Punkt: Das Regime muß politisch und wirtschaftlich ruiniert werden. Es dürfen keine Waren, es darf kein Kapital mehr an das weiße Rassenregime kommen.

OL.: Reg, wir danken für das Interview.

Mit Reg September sprach R. P. ★

DDR: Fluchthelfer verurteilt

Vor kurzem wurde in der DDR der "Fluchthelfer" Rainer Schubert zu fünfzehn Jahren Gefängnis verurteilt. Während des Prozesses kamen einige interessante Tatsachen ans Tageslicht, die es wert sind, erwähnt zu werden.

Von 1972 an brachte Schubert im Auftrage der Züricher "Fluchthilfe"-Bande "ARAMCO" 130 DDR-Bürger in die BRD bzw. nach Westberlin.

Schubert, der sich besonders auf Ärzte aus der DDR spezialisiert hatte, kassierte pro Kopf und Nase zwischen 10 000 und 28 000 DM.

Schubert wehrte sich im Prozeß gegen den Vorwurf, daß seine kriminellen Aktivitäten auf materielle Gründe zurückzuführen seien, er selbst betrachtete sich als "politischer Überzeugungstäter".

Mitte der 60er Jahre war Schubert bei einer paramilitärischen Organisation tätig, die in Westberlin Einrichtungen der US-Armee und des CIA überwachte.

Er entwarf Pläne wie z. B. einen großen Sprengstoffanschlag gegen die Mauer, die Entführung eines DDR-Grenzwachbootes usw.

Dem westdeutschen Staat und den Westberliner Behörden kann der Vorwurf nicht erspart bleiben, daß sie Schubert und seine Fluchthelfer-Truppe massiv unterstützt haben:

- 1) Der deutsche Bundesnachrichtendienst (BND) erhielt von Schubert regelmäßig Material zugesteckt, das bei der Erkundung von "Flucht"-Wegen angefallen war.
- 2) Als Gegenleistung erhielt Schubert vom BND-Agenten in Zürich, Hans Sehr (offiziell Konsultatsbeamter), Formulare und Fahndungsblätter mit den Nummern abhanden gekommener Pässe, die dann bei Fälschungen neu verwendet worden sind.
- 3) Bätz, der Leiter des 18. Kommissariats der Politischen Polizei in Frankfurt, diente mit Hinweisen, wo man in der Frankfurter Unterwelt Pässe erhalten könne.
- 4) Der "Deutsche Entwicklungsdienst" (BED) hat die Abwerbung eines Arztes aus der DDR mitfinanziert.

So manche Zeitgenossen haben deshalb auch allen Grund, die Verurteilungen von Schubert zu beklagen. Schließlich war er einer ihrer Büttel.

Seit der Gründung der DDR haben westdeutsche reaktionäre Kreise nichts unversucht gelassen, die DDR mit jedem sich bietenden Dreck zu überhäufen. Die Mittel, die dabei angewendet wurden, waren recht zahlreich: Verweigerung der Anerkennung durch die Bundesrepublik, Aufrechterhaltung des Vertretungsanspruches, offene antikommunistische und Greuelpropaganda, Abwerbung von Ar-

beitskräften – hauptsächlich von Facharbeitern – aus der DDR.

Der Berliner Mauerbau war der stärkste Ausdruck der DDR diesem Treiben endlich den Riegel vorzuschieben. Denn sie hat selbst mit großen – wirtschaftlichen – Schwierigkeiten zu kämpfen; so z.B. wurde fast die Hälfte des Lehrpersonals an den Schulen wegen ihrer Nazi-Gesinnung vom Dienst entlassen. Ärzte, Techniker, Lehrer gab es viel zu wenige, sie mußten erst in langer Arbeit ausgebildet werden.

Ein wesentlicher Kritikpunkt an der DDR, der immer wieder angeführt wird, ist die Ausreisebeschränkung für die DDR-Bürger. Sicherlich hat diese Kritik ihre Berechtigung, denn Reisen in den Westen sind nur Rentnern und Pensionisten erlaubt.

Gegenüber der wissenschaftlich-technischen Intelligenz nimmt die DDR ungefähr folgenden Standpunkt ein: Die Wissenschaftler wurden auf Kosten des Volkes ausgebildet und sollen deshalb auch in der DDR arbeiten.

Durch das Zustandkommen der Deutschen Ostverträge unter der SPD-Regierung – bei dem Konflikt zwischen SPD und CDU/CSU griff auch die westdeutsche Arbeiterklasse z.B. durch Warnstreiks in den Betrieben ein – wurde den offenen Untrieben gegen die DDR ein Ende gesetzt. Die reaktionären Cliquen in der BRD mußten nun zu anderen Mitteln greifen, um ihre Interessen durchzusetzen, so z.B. die Gründung von "Fluchthilfeorganisationen".

Klar scheint jedenfalls, daß der Weg zurück zum Kapitalismus für die Arbeiterschaft der DDR unattraktiv geworden ist. Nur für Teile wissenschaftlich-technischen Intelligenz scheint das Leben im Kapitalismus – wegen der materiellen Besserstellung (?) – noch etwas erstrebenswertes zu sein.

Das soll nicht die Fehler beschönigen, die von den politischen Organen des Landes gemacht werden und die mit daran Schuld tragen, daß junge

Arbeiter, Angestellte, Künstler und Studenten ohne Fluchthilfe die Gelegenheit beim Schopf packen dem "realen" Sozialismus den Rücken zu kehren. Eine eingehende Einschätzung der DDR kann hier nicht erfolgen. (Sie wird an anderer Stelle später zu besorgen sein). Für uns ist jedenfalls die wichtigste Frage dabei die, von welcher Seite die bürokratisch-erstarrten Strukturen in der DDR kritisiert werden – von links oder von rechts. Und da sind uns Kritiker wie Havemann und Biermann selbst auf die Gefahr hin, sehr willkommen, daß sie die Dinge bei aller Kritik durch die beschlagene Brille der Gewohnheit sehen. Trotzdem wollen wir mit ihnen schließen:

"Eine richtige sozialistische Revolution in der DDR hat insofern stattgefunden, als die privaten Eigentümer ausgeschaltet sind. An ihre Stelle ist aber nicht die Gesamtheit der Arbeiter, der Werktätigen, kurzum der Menschen, die produzieren getreten, sondern eben eine Parteidclique, eine Staatshierarchie." (Havemann)

"Trotzdem ist dies ein entscheidender kostbarer Schritt gegenüber jeder bürgerlichen kapitalistischen Gesellschaft. Um am Beispiel Prag habe ich begriffen, wie schnell sich aus einem bürokratisch deformierten Sozialismus eine sozialistische Demokratie entwickeln kann." (Biermann)

"Flucht ist eine Lösung nur für den verkommenen Teil einer privilegierten Schicht, denn man braucht Geld und Beziehungen für diesen heldenhaften Sprung in Deutschlands Vergangenheit. Um hier aber leben zu können, brauchen wir ein ganzes Arsenal sozialistischer Ideen, Hoffnungen, Illusionen, Leidenschaften. Zumindest an einigen meiner Lieder und Gedichte sehe ich, daß sie in dieses Arsenal gehören und dazu beitragen, daß wir hier nicht nur irgendwie über die Runden kommen, sondern in diesem halben Land ein ungeteiltes Menschenleben leben." (Biermann, Dezember 1972)



Spanien:

Vom Franco- zum Monarcho- Faschismus



Das Massaker von Vitoria hat drastisch mit allen Hoffnungen und Illusionen aufgeräumt, Spanien könnte sich im Zuge einer wundersamen Metamorphose vom faschistischen in ein bürgerlich-demokratisches System wandeln ohne tiefere Brüche auf allen gesellschaftlichen Ebenen. Mit der zunehmenden Streikbewegung, die Ausdruck der doppelten Krise des Systems, seiner Ökonomie und seiner politischen Strukturen ist, verschärft sich die Repression der staatlichen Unterdrückungsorgane, zu deren brutalem Vorgehen gegen die Opposition die zurückhaltendere Haltung des Innenministers Iribarne nur als neue taktische Dimension an die Seite tritt.

DIE MASSAKER VON VITORIA

Vitoria liegt in der baskischen Provinz Alava, die sich während des Bürgerkriegs an die Seite Francos stellte und deshalb nach dem Sieg der Faschisten weniger Vorrechte einbüßte als die Schwesterprovinzen Vizcaya und Guipuzcoa. Neben dieser bemerkenswerten Tatsache fällt als zweites interessantes Phänomen folgendes ins Auge: die 5 000 Arbeiter der "Forjas Alavesas" streiken schon seit zwei Monaten, ohne daß dies besonders zur Kenntnis genommen wurde, obwohl es an Berichten über kleine und große Streikaktionen in der in- und ausländischen Presse in letzter Zeit ja nicht gemangelt hat. Es ist zu befürchten, daß dies auf eine weitere auffallende Ausnahmeerscheinung zurückzuführen ist: hier waren es nicht die C. C. O. O. (Arbeiterkommissionen), die UGT (sozialistische "Allgemeine Arbeiterunion") und die wieder aktivierte CNT ("Nationale Arbeiterkonföderation"), die diese andauernde Streikaktion leiteten und

mit anderen Aktionen im Land koordinieren konnten.

Das Blutbad kam genauso überraschend wie alle Begleiterscheinungen rund um den Konflikt. Die Empörung und Solidarisierungswelle erfaßte das gesamte baskische Gebiet lückenlos. Am Begräbnis nahm faktisch die gesamte Bevölkerung Vitorias teil, (über 50.000 Menschen folgten den Särgen der Ermordeten), der Generalstreik in Euzkadi erstreckte sich auf alle Geschäfte und Restaurants, er legte das gesellschaftliche Leben vollkommen lahm. Iribarne, der sich zur Zeit des barbarischen Schießbefehls der Polizei in der BRD aufhielt, eilte ans Krankenbett von Verwundeten, die seiner wie auch immer berechneten oder motivierten Aufwartung eisige, ja feindselige Ablehnung entgegenbrachte. Er nahm die Polizei entgegen früheren Gepflogenheiten nicht in Schutz.

Diese hat aus dem blutigen Vorfall auch nichts gelernt. Während einer Trauerdemonstration für die vier Ermordeten erschöß sie in Basauri bei Bilbao wieder einen 18jährigen Arbeiter. Das erste Mal nach Jahrzehnten devoten Schweigens, trauten sich nun offizielle Organe offen ihre Kritik zu äußern. Nach der Verurteilung des Schießbefehls der Polizei durch den Stadtrat von Vitoria, folgte auch der Stadtrat von Basauri diesem bemerkenswerten Beispiel. Da raffte sich sogar der Nationale Arbeitnehmersrat des Staatssyndikats ebenfalls zu einer Mißbilligung des Polizeieinsatzes auf. Die Katholische Kirche protestierte mit sehr scharfen Worten, wies die Rechtfertigungsversuche Fraga Iribarnes zurück. (Der Vorfall in Vitoria ereignete sich in einer katholischen Kirche, in der sich

die Streikenden, wie schon so oft vorher versammelt hatten. Die Polizei warf an die hundert Tränengasgranaten ins Innere der Kirche und schoß dann wahllos in die panikartig fliehenden Menschen vor der Kirche.)

DER PROZESS GEGEN DIE NEUN OFFIZIERE DER UMD

Nur die ultrakonservative und reaktionäre "Presse" traute sich das Ausmaß der verhängten Gefängnisstrafen gegen die neun UMD-Offiziere als Zeichen der Mäßigung und Zurückhaltung durch die Generalität aufzufassen: zwischen zweieinhalb und acht Jahren Gefängnis wurden vom Kriegsgericht verhängt, die Strafanträge forderten drei bis zwölf Jahre. Immerhin waren in- und ausländische Journalisten zugelassen, und die Mitglieder des Kriegsgerichts bemühten sich dementsprechend "sachlich und nüchtern" zu erscheinen. Sie konnten aber doch nicht verhindern, daß die Spaltung der Armee offensichtlich wurde: nicht genug mit den hohen Gefängnisstrafen, die verhängt wurden, beschimpften Offiziere aus der Zuhörerschaft ihre Kameraden als Dreckskerle, Schweinehunde etc. Dies zeigt lebhaft die Stimmung mancher Offiziere, die durch die Entwicklung alarmiert sind und durchaus zu einem Rechtsputsch neigen, um wieder frankistische Zustände zu schaffen. Aber wie der Prozeß zeigt, ist es bei aller Möglichkeit einer solchen Entwicklung, recht fragwürdig, ob sie damit nicht einen neuerlichen Bürgerkrieg provozieren würden. So einfach wie in Chile würden die Dinge nicht ablaufen. Die spanische Öffentlichkeit erfuhr zum ersten Mal offiziell von der Existenz einer oppositionellen Strömung in der Armee, deren Forderungen mit denen der Arbeiter-

und demokratischen Bewegung weitgehend identisch sind.

VERSCHLECHTERUNG DER WIRTSCHAFTLICHEN LAGE

Spaniens neuer Wirtschaftsminister Juan Miguel Villar Mir versucht mit der Abwertung der Peseta um elf Prozent gegenüber Dollar und DM, kräftige Exportsteigerungen zu erreichen und die galoppierende Inflation (50% Preissteigerung von 1973 bis 1975) zu steuern. Als flankierende Maßnahmen sind die zehnpromtente Erhöhung der Grunderwerbssteuer und die zwanzigprozentige Anhebung der Luxussteuer vorgesehen. In Spanien zählen aber Bedarfsartikel wie Zahnbürsten zu den Luxusartikeln. . . Eine abermalige Benzinpreiserhöhung wenige Monate nach der letzten zwanzigprozentigen Anhebung wirkt wie ein Hohn auf die edlen Absichten des Finanzministers. Mit Hinweis auf die Pesetaabwertung wurden außerdem einige Weinsorten und inländische Produkte, sowie Dienstleistungen schlagartig bis zu 40 Prozent teurer! Wie der Minister selbst zugeben mußte, ist das Problem nicht allein die anwachsende Streikwelle, auch die Unternehmer stehen brav abseits und zeigen sich investitionsunlustig. Das kann man ihnen wohl angesichts der fehlenden Garantien seitens der Arias-Regierung doch nicht übelnehmen. Diese Regierung zeigt sich zunehmend außerstande, die Ordnung inner- und außerhalb der Betriebe aufrechtzuerhalten und weigert sich, die von den Unternehmern als einzige Alternative zur Kasernendisziplin erachtete Demokratisierung der Beziehungen zwischen Verkäufer und Käufer von der Ware Arbeitskraft in Gang zu setzen. Zudem sind auf Grund der verschärften politischen Atmosphäre und der Aussichtslosigkeit auf baldige bürgerlich-demokratische Perspektiven die Chancen Spaniens geschwunden, in absehbarer Zeit Mitglied der Europäischen Gemeinschaft zu werden und damit in den Genuß etlicher wirtschaftlicher Sanierungsmaßnahmen durch die Mitgliedsländer zu kommen.

Ungeduld und Unzufriedenheit der Massen könnten in diesem Kontext eine Dynamik in Gang setzen, die alle ehrlichen wie schlaunen taktischen Konzepte über den Haufen werfen würden.

Z.P.



Westsahara:

Aufstand in der Wüste

In der Nummer 20 (Dezember/Jänner 75/76) von 'offensiv links' gingen wir kurz auf die Lage in der ehemaligen Kolonie Spanisch-Sahara ein. Da sich inzwischen der Konflikt nicht nur zugespitzt hat, sondern exemplarischen Charakter annimmt – offener Konflikt zwischen reaktionären und fortschrittlichen arabischen Staaten bzw. deren Interessen – sollen hier etwas ausführlicher die historischen Hintergründe West-Saharas und die gegenwärtige Entwicklung beschrieben werden.

EINIGE DATEN

Der "längste und breiteste Strand der Welt" umfaßt ein Wüstengebiet von 266 000 Quadratkilometer, er ist 1 500 Kilometer lang und durchschnittlich 75 Kilometer breit. Das Klima ist trocken und von extremen Temperaturen gekennzeichnet. Das Gebiet wurde seit der Jungsteinzeit besiedelt. Es wurde 681 nach Christi Geburt von den Arabern erobert, die sich allmählich mit der einheimischen Bevölkerung vermischten. Die herkömmliche Stammesföderation, die politische Entsprechung zum Nomadendasein, hat sich noch lang nach der Kolonisierung durch Spanien erhalten. Im Unterschied zu den angrenzenden Staaten wird eine einheitliche, an das klassische Arabisch angelehnte Sprache, das Hassania gesprochen.

EINE NEUAUFLAGE DER BARBARISCHEN ALT-KOLONIALPOLITIK SPANIENS

1884 wurde Westsahara auf der Konferenz der europäischen Großmächte in Berlin Spanien zugesprochen. Diese kamen zunächst über einen schmalen Küstenstreifen hinaus kaum ins Landesinnere. Auf Drängen der französischen Kolonialmacht in Algerien und Marokko, die den Aufständischen den Rückzug nach Westsahara abschneiden lassen wollte, unternahmen die Spanier unter Gil Robles 1934 Anstrengungen das Hinterland zu erobern. Aber erst nach dem Sieg der Faschisten unter Franco, 1939, wurde das Land nach altkolonialistischem Muster "befriedet": Folterungen, Vergewaltigungen, Brunnenvergiftungen,

Zuschütten der Wasserquellen waren die gängigen Methoden, die aufbegehrenden Einwohner niederzuzwingen.

Die Franzosen revanchierten sich, als 1957 ein breitangelegter Aufstand gegen die spanische Kolonialmacht entbrannte und mit Hilfe der marokkanischen Befreiungsarmee, die sich 1956 nicht dem marokkanischen Königshaus angeschlossen hatte, sondern diese wie die Kolonialmächte bekämpfte, alle Stellungen der Spanier im Landesinneren niederannte und den status quo von 1884 wiederherstellte. Die französische Luftwaffe griff mit Jagdflugzeugen und Napalmbomben ein, der marokkanische König sperrte die Nachschubwege ab. (Dafür bekam er die Provinz Tarfay von den Spaniern geschenkt. Eine vorbildliche Kooperation also unter Kolonialisten und Feudalherren.) Um Proteste des Auslandes und der UNO abzublocken, wurden Westsahara und Sidi Ifni zu spanischen Provinzen erklärt, womit die ganze Angelegenheit eine rein interne Spaniens wurde. . .

Seit 1958 nominell spanische Staatsbürger, genossen die Saharais freilich keines der kärglichen Vorrechte anderer Spanier. Sie hatten keinen Anspruch auf Sozialversicherung oder Sozialfürsorge, die Löhne lagen zwei Drittel unter denen in Spanien.

VERSUCHE DER MODERNISIERUNG DER KOLONIALHERRSCHAFT SCHEITERN AM WIDERSTAND

Anhaltende Unruhen unter der Bevölkerung steigerten die militärische Präsenz Spaniens auf das groteske Verhältnis von 56 000 Mann im Jahr '74 gegenüber 500 000 Einwohnern. 1966 erließ die Regierung in Madrid unter dem Druck der Saharais und der UNO Gesetze, die eine stärkere politische Beteiligung der einheimischen Bevölkerung an Politik und Verwaltung des Landes garantieren sollten. 1973 wurde sogar eine Generalversammlung gewählt, welche die einzelnen Etappen einer zwanzigjährigen Übergangszeit bis zur Unabhängigkeit des



Landes ausarbeiten sollte. Ein Jahr später wurde alles verworfen und ein Autonomiestatut angekündigt. Einen Monat später wurde diese Ankündigung zurückgezogen und eine Volksabstimmung über die Zukunft des Landes für die erste Jahreshälfte '75 in Aussicht gestellt.

Nachdem darauffolgende Bemühungen der neuen Verwaltungsgarnitur – von Generälen aus Francos Umgebung – mißlungen sind, eine sogenannte "Revolutionäre Fortschrittspartei" ins Leben zu rufen, die für eine langfristige Kooperation mit Spanien eintreten sollte, wurde im September 1974 eine ebenfalls spanienfreundliche "Saharische Nationalunion" gegründet, die für die Unabhängigkeit Westsaharas eintreten sollte – allerdings unter "Hilfeleistung" Spaniens, das weiterhin für die Verteidigung, Außenpolitik und die Ausbeutung der Phosphatvorkommen von Bu Craa verantwortlich bleiben sollte; die Peseta würde nebenbei Landeswährung bleiben.

WAS ERZEUGT ALLENTHALBEN HEISZHUNGER AUF DIESEN WÜSTENSTREIFEN?

Es ist nicht nur das zweitreichste Phosphatvorkommen der Welt mit einer vermuteten Kapazität von drei Milliarden Tonnen reinsten Feldphosphats, zu dessen Gewinnung im Tagbau 14 Milliarden Peseten investiert wurden; beteiligt sind neben dem staatlichen INI (Instituto Nacional des Industria) Gulf Oil, Occidental Petroleum, Texaco und Grace; Krupp baute mit 100 Kilometer Weite das längste Förderband der Welt. Im Süden des Landes werden aber noch weitere Bodenschätze vermutet: Kupfer, Wolfram, Zinn, Beryllium, Nickel, Chrom, Platin, Gold, Magnesium, Korund und radioaktive Mineralien. Für den Fischreichtum der Küste nur ein Beispiel: im Jahre 1970 wurden von kanarischen und spanischen Fischern 700 000 Tonnen Hummer gefangen.

VON "TEILE UND HERRSCHE" ZU "VERTEILE UND HERRSCHE MIT"

Folgende Befreiungsbewegungen

das ganze Gebiet an Mauretanien anzuschließen,

- o die "Front der Befreiung und Einheit", ebenfalls für Anschluß, aber an Marokko,
- o die "Revolutionäre Bewegung der Blauen Männer" (nach der Kleidung der Saharuis), zeitweise promarokkanisch, dann mit Algerien sympathisierend,
- o FPOLISARIO (Frente Popular para la Liberacion de Saguiat el Hamra y Rio de Oro) – "Volksfront für die Befreiung von Saguiat el Hamra und Rio de Oro", die stärkste und fortschrittlichste Befreiungsbewegung, die für die vollständige Unabhängigkeit des Territoriums kämpft und die Gründung eines eigenen Saharastaates, die "Demokratische Arabische Republik Sahara" bereits ausgerufen hat.

Spanien konnte dem Druck der von außen unterstützten Befreiungsbewegungen, vor allem der FPOLISARIO auf die Dauer kaum widerstehen. Der Tod Francos ließ seine Erben Hals über Kopf die günstigste Lösung akzeptieren, die wenig Blut und Skandal, dafür aber Mitbeteiligung an der Ausbeutung der Reichtümer des Landes garantieren sollte. Es war eine der ersten Amtshandlungen Juan Carlos I., ein Abkommen folgenden Inhalts mit Marokko und Mauretanien zu unterzeichnen:

SPANIEN bleibt an der Ausbeutung der Phosphatvorkommen führend beteiligt (und erspart sich die aufwendigen Militär- und Verwaltungs-

kosten), darf auch vor den Küsten Fischerei betreiben;

MAROKKO – bisher schon erster Phosphatproduzent der Welt – übernimmt die Kosten der Aufrechterhaltung der "Ruhe und Ordnung", wird aber dafür Weltmonopolist in der Phosphaterzeugung,

MAURETANIEN – wird mit den Erzlagerstätten im südlichen Rio de Oro entschädigt, die sein eigenes Eisenrevier von Sebka und Idiyl hübsch abrunden.

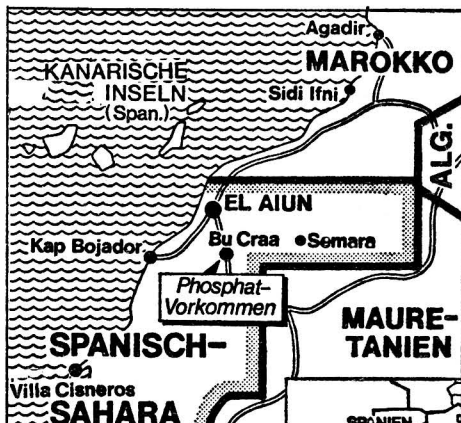
Und last not least die VEREINIGTEN STAATEN: ihre umfangreichen Investitionen bleiben unangetastet, wofür sie bereits die Forderung von König Hassan II., Waffen im Wert von 450 Millionen Dollar an Marokko zu liefern, akzeptiert haben.

DER STRICH DURCH DIE RECHNUNG

Die Spanier beeilten sich, nachdem sie ihr Schäfchen bereits im Trockenen glaubten, möglichst schnell ihre sichtbare Präsenz zu beenden. Bereits zwei Tage vor dem angekündigten Termin, holten sie ihre verhaßten Fahnen ein.

Um den Abgang einigermaßen zu gestalten, schoben sie den schwarzen Peter der UNO zu: diese sollten doch unter ihrer Aufsicht eine Volksabstimmung durchführen – nachdem Spanien mit der Machtübergabe an Marokko und Mauretanien vollendete Tatsachen geschaffen hat! Die Brutalität und Unersättlichkeit wird bei Kolonialisten, Imperialisten und Co. nur von ihrem Zynismus noch übertroffen. Marokko, nicht faul, beeilte sich, das Spiel mitzumachen und nicht aus der Rolle zu fallen.

Am Tag des vorverlegten Abzugs der Spanier wurde die Stammesvertretung der West-Sahara, die Djemaa, in Eile zusammengetrommelt. Von den 105 Djemaa-Abgeordneten (Stammesfürsten) waren 80 anwesend, zwei sind seit der letzten Versammlung gestorben, 25 sind vor den einrückenden marokkanischen Truppen nach Algerien geflohen. Auch die anwesenden Mitglieder trauten sich nicht, den Anschluß an Marokko und



treffen habe. Die verständliche Weigerung Waldheims, bei dieser Maskerade den Hampelmann zu stellen, benutzten die eingeschüchterten Scheichs als halbherzige Ausrede. Genau das aber nahmen Marokko und Mauretanien zum Vorwand, um Generalsekretär Waldheim mitzuteilen, daß sie die von den Vereinten Nationen beschlossene Volksabstimmung nun nicht mehr zulassen werden. Eine Mischung aus "Räuber und Gendarm" und "Blinde Kuh" – nur nennt es sich Diplomatie, Politik, souveräne Gepflogenheit.

Gleichzeitig rief die FPOLISARIO die Demokratische Arabische Republik Sahara aus und meldet bereits die ersten ernsthaften Zusammenstöße mit den neuen Besatzungstruppen. Ihre Waffe ist die Guerilla, die Eindringlinge greifen ins Arsenal aller Aggressoren: der regulären Offensiv- und Vernichtungswaffen, der Jagdflugzeuge mit Napalmbomben, eingesetzt gegen Flüchtlingslager und und wehrlose Siedlungen.

Madagaskar, die Republik Burundi, Benin (Dahomey) und Angola haben die Demokratische Republik anerkannt. Die OAU war nach der schweren Belastungsprobe in der Frage Angola nun mit einer neuerlichen Zerreißprobe konfrontiert. Wie damals, wickelte sie auch diesmal unter den massiven Drohungen Marokkos und Mauretaniens der Entscheidung aus. Algerien trat inzwischen ins volle Rampenlicht, indem es ebenfalls die formelle Anerkennung der Demokratischen Republik vollzog. Marokko und Mauretanien brachen die diplomatischen Beziehungen daraufhin ab.

Die FPOLISARIO hat einen schweren, vermutlich langwierigen Befreiungskrieg vor sich. Wenn dessen Ausgang trotz zahlreicher schwieriger Bedingungen optimistisch beurteilt werden kann, beruht das auf folgenden Fakten:

- 1) Die FPOLISARIO und die Saharais können auf eine relativ lange und reiche Erfahrung im Guerilla-Krieg zurückblicken; eigentlich geht es hier um den 2. Akt des gleichen Befreiungskrieges, der schon gegen die früheren Kolonialherren aus Spanien geführt wurde.
- 2) Das Gelände besteht nicht nur aus Sanddünen, von einigen Oa-



sen und Städten unterbrochen, die als Terrain für den Guerillakrieg äußerst unzureichend wären. Wie in Algerien gibt es auch hier gebirgige, schwer zugängliche Abschnitte im Landesinneren, mit geheimen Wasserquellen und Reservoirs. Wie im Befreiungskrieg in Dhojar die VR Südjemen, bietet das verbündete Algerien einen idealen Rückhalt als Rückzugsmöglichkeit und Nachschubbasis.

- 3) Die FPOLISARIO erhält, seitdem sie eine provisorische Regierung gebildet hat, in größeren Mengen bessere und wirksamere Unterstützung in Form von Waffen und Ausrüstung von Algerien und der Sowjetunion. Sie widerstand den bestens ausgerüsteten spanischen Truppen

mit weitaus schlechterer Bewaffnung. Marokko – das Hilfsansuchen an die USA beweist es – ist erst eilig dabei, für die kommende Auseinandersetzung zu rüsten.

- 4) Die politische Situation in Marokko – Hauptträger der konservativ-arabischen Aggression in der Sahara – ist labil. Hassan II. ist seines Thrones schon lange nicht mehr ganz sicher.

Das nationalistische Ablenkungsmanöver von den dringlichen Problemen des Landes kann heute bei den Massen weniger verfangen als vor ein paar Jahren, da der Bevölkerung im Zuge des Sahara-Abenteuers zuviel verheißen und versprochen wurde.

Z.P.



Solidarität mit dem chilenischen Widerstand

**Veranstaltung: DONNERSTAG, 8. April 1976
im Audi-Max der UNI-WIEN.
Beginn: 19.30 Uhr**

**Es spielt und singt die Gruppe KARAXU.
Es spricht ein Vertreter des ZK des MIR**

G.A.K.U.:

Fakultätswahlen und Perspektiven

Zum zweiten Mal innerhalb weniger Monate hat die GAKU einen Wahlkampf (für das Fakultätskollegium) zu bestreiten, auf den in der Februrnummer von 'offensiv links' schon eingegangen wurde, wobei gleichzeitig nicht vergessen werden darf, die programmatische und organisatorische Diskussion fortzusetzen. Obwohl die Möglichkeit zur Mitbestimmung in den Fakultätskollegien tatsächlich gering sind (2:1:1 - Parität), gibt es doch zwei Neuerungen, die die Besetzung dieser Gremien durch fortschrittliche Mittelbauvertreter wesentlich erscheinen lassen: "Durch die Abschaffung der Lehrkanzel als kleinste, autonome Einheit sind die Assistenten, die von nun an formal einem Institut zugeteilt werden, nicht mehr von der Willkür ihres Chefs abhängig." "In den paritätisch zusammengesetzten Kollegialorganen behalten zwar die Professoren die Mehrheit, Entscheidungen werden aber nunmehr vor einer größeren Öffentlichkeit getroffen. Z.B. müssen Assistenten, die entgegen den Absichten ihres Institutsvorstandes weiterbestellt werden möchten, von der Personalkommission angehört werden." (Zitat aus dem Wahlprogramm).

Wenn man die Entwicklung der GAKU einschätzen will, dann muß man sich die Situation an den Universitäten vor Augen halten: Jahrzehnte dauernde konservative Herrschaft gibt es nicht nur bei den Professoren, sondern auch im Mittelbau (der "überparteiliche Assistentenverband" wird von ÖVP und CV-nahen Funktionären geleitet) und bei den Studenten. Ein Erfolg der linken Assistenten (16 Prozent der Stimmen bei der Personalvertretungswahl) war nur durch einen breiten Zusammenschluß aller kritischen Kräfte möglich. Die GAKU bestand und besteht aus Parteilosen, Linkskatholiken, SPÖ-Anhängern, FÖJ-Anhängern und vereinzelt Angehörigen anderer linker Gruppen. Sie verstand sich von Anfang an auch als gewerkschaftliche Basisinitiative und arbeitete in der Gewerkschaft mit der FSG zusammen (das Abkommen, das mit der FSG geschlossen wurde, ist an dieser Stelle schon kritisch kommentiert worden).

Man muß dazu bemerken, daß eine

GE-Fraktion ((Gewerkschaftliche Einheit)) der öffentlich Bediensteten nicht besteht.) Auf Grund aller dieser Tatsachen wird es für keine Fraktion möglich sein, die GAKU zu absorbieren, ohne ihre politische Wirksamkeit zu zerstören.

Die GAKU kann, gerade in ihrer jetzigen Zusammensetzung wichtige Funktionen ausüben, die auch für 1976 auf ihrem Programm stehen, z. B.: Mitarbeit bei der Koordinierung der zahlreichen gewerkschaftlichen Basisinitiativen (Werktätige in Planung und Technik, Sozialarbeiter, Krankenhauspersonal) mit dem Fernziel eines politischen Konsensus dieser Gruppen, Aufbau demokratischer Strukturen in Forschung und Lehre an der Hochschule. Der letzte Punkt ist nur in Zusammenarbeit mit Studenten möglich. Die GAKU lädt alle interessierten Studenten ein, an ihren Arbeitskreisen und Versammlungen teilzunehmen.

Michael Breitenbach



Assistenten sterben einsam

Berufsverbote auf österreichisch sehen eigentlich immer harmlos aus. Der Grund liegt darin, daß das "Normale", das System selbst, den einzelnen schon von Anfang an bevormundet und seine Möglichkeiten, sich zu wehren, einschränkt. So muß zum Beispiel ein Assistentenvertrag an der Uni nach zwei Jahren verlängert werden. Um seine Stellung nicht zu verlieren, ist der Assistent auf Geheiß und Verderb vom Professor abhängig, muß Zuträgerarbeit für ihn leisten und darf es sich auch nicht erlauben, in seiner politischen Meinung von seinem Ordinarius sehr weit entfernt zu sein.

Gegenteiliges geschah unlängst am Soziologischen Institut. Unter faden-scheinigen Begründungen wurde von der Fakultätskonferenz die Nichtverlängerung des Assistentenvertrags des Kollegen Otto Saipit beschlos-

sen. Derselbe Professor Reichard, der noch vor einem Vierteljahr mit dem Hinweis auf die wissenschaftlichen Qualifikationen und die besonderen didaktischen Fähigkeiten seines Assistenten einen Lehrauftrag und anderes ergattert hat, hat nun mit der gegenteiligen Begründung seine Entlassung bewirkt. Innerhalb dieses Vierteljahres war ein Ereignis von besonderer Bedeutung gewesen, das - so geht das Gerücht - auch für die Entscheidung der Juridischen Fakultät den Ausschlag gab: Saipit hatte für die GAKU kandidiert und eines ihres Flugblätter unterzeichnet. Als sich seine Entlassung abgezeichnet hatte, nahm er Kontakt mit den Studentenvertretern auf.

Naja - sowas tut man doch auch nicht...!?

F.N.



Eine weitere Ausländersperre

Bereits am 7. Jänner 1976 verfügte Rektor Seitelberger in einer von ihm unterschriebenen und geheimgehaltenen Kundmachung die Ausländersperre für die Fächer: Humanbiologie, Botanik, Humanmedizin, Lebenswirtschaftskunde und Politikwissenschaft. In den Fächern Psychologie, Zeitgeschichte, Antike Numismatik, Physik, Chemie, Zoologie, Meteorologie und anderen wird die Aufnahme ausländischer Studenten rigoros beschränkt. Diese Regelung gilt für das Sommersemester 1976.

Die "Vertretung der Studenten", die ÖH, war über diese Neuregelung nicht informiert.

Ende Februar kursierte am Institut für Politikwissenschaft das Gerücht einer Ausländersperre, die Studienrichtungsververtretung Politikwissenschaft intervenierte sofort, um die Ausländersperre aufzuheben. Ordinarius Schneider stellt, "um neuerlichen hochschulpolitischen Auseinandersetzungen zu entgehen" (wie er es ausdrückte) an das Dekanat der Phil. Fak. einen entsprechenden Antrag und schon am 10. März wurde die Ausländersperre für Politikwissenschaft zum Teil zurückgenommen.

Die ÖH und die anderen betroffenen Studienrichtungsvertreter waren bisher untätig. Die ÖH erfuhr bisher lediglich, daß an die einzelnen Ordinarien Anfragen über die Zahl der freien Studienplätze ausgegangen sind, daß die gesetzliche Deckung des AHStG (Allgemeines-Hochschul-Studien-Gesetz) §7 Abs. 6 sei und von der Ausländersperre einzig und allein ausländische Diplomatenkinder bzw. solche, die eine besondere Bestätigung ihrer Botschaft vorweisen ausgenommen wären.

Das andere (linkere) Ausländer nicht mehr studieren dürfen, paßt in das politische Konzept der reaktionären Botschaften von Teilen der Dritten Welt und der österreichischen Behörden. Die genehmen Ausländer können weiterhin als Schauobjekte für die sogenannten Entwicklungshilfe

vorgezeigt werden, andererseits aber werden die politischen Interessen der konservativen Professoren nicht gefährdet.

Ferner soll die Einheit und Schlagkraft der Studenten an ihrem schwächsten Glied zerschlagen werden. Wenn es auch sicher zu begrüßen ist, daß es an einzelnen Instituten gelingt, die Ausländersperre abzuschaffen, so darf dennoch nicht vergessen werden, daß es darum geht, jede Ausländersperre zu beseitigen und nicht nur, an einzelnen Instituten Ausnahmeregelungen zu erreichen. Die in diesem Sinn geplanten Aktionen der studentischen Ausländerorganisationen werden von der Hochschulgruppe der föj-BEWEGUNG FÜR SOZIALISMUS unterstützt.

P.L./H.F.



bücher

"DER ROTE HAHN"

Erzählungen des Fischers Sidaou
SAMMLUNG LUTHERHAND 153

"Erst kürzlich wurde der Strompreis wieder erhöht - nicht etwa im ganzen Land, sondern nur in den meisten Dörfern und eben auch bei uns. Denn in den Dörfern gibt es keine großen Fabriken, der Stromverbrauch ist gering im Vergleich zu den großen Städten; die Elektrizitätsgesellschaft macht keine Gewinne. Das ist alles."

Jusuf Naoum, 1941 in Tripoli-El-Mina (Libanon) geboren, kam 1964 in die Bundesrepublik; arbeitete als Kellner; lebt jetzt in Westber-

lin und gehört seit 1971 dem Werkreis 'Literatur der Arbeiterwelt' an.

Naoum's Geschichte handelt vom Leben des Fischers Sidaoui, der heute noch, fast 80 Jahre alt, auf seinem Boot im Hafen von El-Mina lebt. Dieser erzählt aus seinem Leben; von seiner Kindheit, von der türkischen und französischen Besetzung, von seinem Sohn, der Abgeordneter der Kommunistischen Partei wird, von Streiks, Demonstrationen und seiner Zeit im Gefängnis.

"Dreizehn, vierzehn, fünfzehn Mal, vielleicht noch öfters habe ich im Gefängnis gegessen. ... An das Essen und an die Schatten habe ich mich gewöhnt. Doch auf eines konnte ich nicht verzichten: auf das Meer, die Sonne, den Mond, die Sterne, die Weite, mein Boot, ... und meine Frau, meine Kinder, meine Freunde: habe ich sie nicht vermißt? Gar nicht ... Ich bin als Fischer geboren."

Er erzählt von seiner Lebensweise (zugleich die seiner Landsleute), die stark von Traditionen bestimmt ist; von den Versuchen, sein Leben zu verändern und selbständig zu gestalten.

Er erzählt von seinem Kampf als Einzelner gegen diese Traditionen und gegen die Obrigkeit. Er lernt alle Möglichkeiten des Widerstandes - von der List bis zur Gewalt. Und immer mehr kommt er zur Einsicht, daß es zu wenig ist, allein zu erkennen und allein zu kämpfen. Er weiß, daß es zuwenig ist, ein Held zu sein. Aber er weiß auch, daß die Menschen verstehen müssen, wofür und weshalb sie kämpfen.

"Ich dachte, wenn ich mit meinem Messer umgehen kann, ... dann werde ich ein Held. Von Salim habe ich gelernt, daß man für seine Freiheit kämpfen muß, ... wenn jeder nur einen kleinen Teil von dem tut, was ich versucht habe zu tun, wären wir dem Sozialismus schon einen Schritt näher. Durch Salim, meinen Sohn Mustafa, mich und andere, lernen heute viele zu kämpfen und ihre Rechte zu fordern! Das muß so sein und ist richtig. Es wäre falsch, unseren Leuten die rote Fahne in die Hand zu drücken, ohne daß sie wissen, was sie bedeutet."

Das Nachwort zu Naoum's Geschichte ist nicht das obligate "Loblied" auf den Schriftsteller und sein Werk. In großen Zügen wird darin ein Überblick über die Geschichte des Libanon gegeben: von der 400 jährigen türkischen Herrschaft, über die "Befreiung" durch Engländer und Franzosen im Zuge des ersten Weltkriegs, bis hin zu dem von den Franzosen geförderten Staatsgebilde mit christlicher Mehrheit (somit prowestlicher Einstellung) und der daraus resultierenden Zurückhaltung des Libanon während der arabisch-israelischen Auseinandersetzung.

Harald Ahnelt

links

Sozialistische Zeitung

bringt monatlich auf etwa 24 Seiten Aktionsmodelle, Beiträge zur sozialistischen Theorie und Strategie, Berichte aus der Linken international. „links“ ist illusionslos, undogmatisch — eine Zeitung für Theorie der Praxis und für Praxis der Theorie.

Einzelpreis DM 1.50.
Bezugspreis, jährlich, DM 18.— DM 3.— Versandkosten

express

Zeitung für sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit

Sprechrohr der Kollegen und Genossen, die sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit machen. Informationen über die Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit. Beiträge, die man nicht in den Gewerkschaftszeitungen findet.

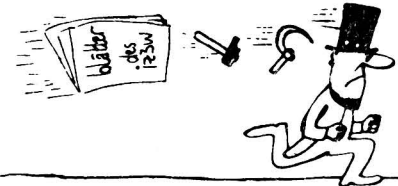
Einzelpreis DM 1.—
Bezugspreis, jährlich, DM 14.— + 3.— Versandkosten
Probexemplare anfordern bzw. Abonnementsbestellung bei Verlag 2000 GmbH, 605 Offenbach 4, Postfach 59*.

blätter des iz3w

blätter des informationszentrums dritte welt

+ Nestle als Babykiller + Geheimgutachten zur Kulturpolitik der BRD in Indonesien + Wie China das Ernährungsproblem löste + NATO: Faktische Militärrallanz mit Südafrika + VW do Brasil + Sahel-Zone: Die sozio-ökonomischen Ursachen der Hungersnot + Argentinien nach Peron Vietnam: Zur aktuellen Lage +

Das sind einige der Themen, die in den letzten Hefen der blätter des iz3w behandelt wurden.



Die in 10 Ausgaben pro Jahr erscheinende Zeitschrift + enthält regelmäßig eine „Chronik der abhängigen Welt“

gibt Aufschluß über den Zusammenhang zwischen kapitalistischer Wirtschaftsstruktur und dem Elend der Massen in der Dritten Welt

+ beleuchtet die „Entwicklungshilfe“, ihre Hintergründe und Auswirkungen

+ setzt sich in einer „Ideologiekritik-Serie“ mit den Vorstellungen der bürgerlichen Entwicklungsländertheorie und -politik auseinander

+ erörtert Theorie und Praxis der fortschrittlichen Widerstandsbewegungen in den Ländern der Dritten Welt

+ nimmt Teil an der Diskussion über die Strategie der Internationalismusgruppen

Jahresabonnement bei 10 Nummern mit 40–60 Seiten: DM 25,— (für Studenten etc. DM 18,—)

Informationszentrum Dritte Welt 78 Freiburg,
Postfach 5328 Tel. 0761/74003
Probexemplar anfordern!

Absender (bitte in Druckschrift)

Probexemplar an:

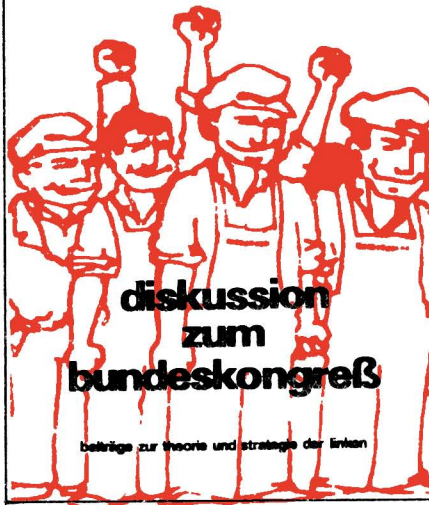
Bundeskongreß der Bewegung für Sozialismus (föj)

17. bis 19. Juni 1976

aspekte

FÖJ: bewegung für sozialismus

nr 60



Die Diskussion zum Bundeskongreß der BEWEGUNG FÜR SOZIALISMUS (föj) wird - außer einigen Artikeln in "Offensiv Links" in der Zeitschrift "aspekte" geführt.

"aspekte" Nr. 60 enthält:

Zsolt Patka, Krise und Klassenbewußtsein

Kurt Langbein, Zur Organisationsfrage

Paul Herrmann, Zur Rolle der KPs

Ronny Pohoryles, Strategie und Organisation

Bestellungen bitte an den "aspekte"-Vertrieb, 1040 Wien, Belvedereg. 10, Tel. 65 19 52.

BOOK POWER

HEINZ KOLISCH

LIEBIGASSE 9

43 21 21

1010 WIEN



Bestellkarte für „offensiv links“

Ich möchte gerne "offensiv links" für ein Jahr abonnieren

NAME

ADRESSE

Der Preis beträgt für das Inland: S 50,- (inkl. Porto)
für das Ausland: S 50,- (exkl. Porto)

Bitte ausschneiden und an die Adresse:

1040 WIEN, BELVEDEREGASSE 10 schicken.



DISKUSSION-AKTION-KOMMUNIKATION

CLUB LINKS

1020 Wien, Odeongasse 1 (Ecke Große Mohrengasse), Telefon: 24 70 402

2.4. 'Wir sind alle Slowenen'
Freitag
BERICHTE, VORSCHLÄGE, DISKUSSION

3.4. Aktionsgruppe LAND
berichtet über Inhalt und Ziel ihrer Arbeit
Samstag
Kunst und Kommunikation
Erlebnisbericht mit Lichtbildern

Opletal: **2 Jahre in der VR- CHINA**
9.4. 我在中国的两年
Freitag

10.4. **SCHERBENGERICHT**
Samstag
Lesung und Darstellung eigener und fremder Texte

15.4. Grenzen des Wirtschaftswachstums
Donnerstag
EINE MARXISTISCHE ANALYSE REFERENT: KURT ROTHSCHILD
Forum Club links

23.4. Edmund Kreitmayer **Wozu Kabarett?**
Freitag
Die Misere deutschsprachiger Kleinkunst (Teil 1)

24.4. Bericht über MEXICO
Samstag

30.4. Letzte Vorbereitungen zum **1.MAI**
Freitag

1.5. **MAIFEST** ab 16 Uhr
Samstag

Geöffnet ab 19 Uhr * Diskussions- und Vortragsbeginn 19.30 Uhr